

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **60 Jahre nach dem Sieg der Antihitler-Koalition: Falsche Lehren, neue Kriege – Seite 4**
- **Widerstand gegen Studiengebühren kommt in Schwung – Seite 8**
- **100 Tage „Hartz IV“ – ein (un-)organisiertes Chaos? – Seite 12**
- **ver.di.de: Tarifrunde mit den Ländern – Seite 16**
- **Ratzingers Amt – Seite 18**

Ausgabe Nr. 10 am 20. Mai 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Arbeitsagenturen stellen Behindertenrechte unter Haushaltsvorbehalt

Kobinet, 10./11.5. scc. In einer gemeinsamen Presseerklärung werfen der Sozialverband Deutschland und die Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen den Arbeitsagenturen vor, Arbeitsplätze für behinderte Menschen zu blockieren. Sie fordern die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit auf, die Anstrengungen zur beruflichen Eingliederung behinderter und schwerbehinderter Menschen zu verstärken. Die Bewilligungspraxis der Arbeitsagenturen bei der Eingliederung behinderter Arbeitsloser ist den Verbänden zufolge zögerlich und restriktiv. Derzeit gibt es ca. 500 Integrationsprojekte – Integrationsunternehmen, die mindestens 25% schwerbehinderte Menschen beschäftigen – mit 15.000 Arbeitsplätzen. Viele Neugründungen insbesondere in den Bereichen Supermärkte, Gastronomie und Hotels sind in Vorbereitung, drohen aber vielerorts an der zögerlichen Bewilligung von Fördermitteln zu scheitern. – Die Bundesvereinigung Lebenshilfe macht darauf aufmerksam, dass die Arbeitsagenturen die Aufnahme behinderter Menschen in den Berufsbildungsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen zunehmend blockieren. In Stade, so ein Beispiel, teilte die Agentur einer behinderten Frau mit, sie habe zwar grundsätzlichen Anspruch auf Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben, aufgrund der angespannten Haushaltssituation sei jedoch entschieden worden, vorrangig Personen zu fördern, deren Ziel eine Berufsausbildung sei. Das ist der Lebenshilfe zufolge kein Einzelfall. In Niedersachsen, Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein verwandten Agenturen für Arbeit bereits entsprechende Ablehnungsbescheide. In etlichen Werkstätten droht dem Berufsbildungsbereich der Entzug der Finanzierungsgrundlage. Führungskräfte von Lebenshilfe-Werkstätten kritisierten in einer Resolution, dass das „Recht der Betroffenen de facto unter einen Haushaltsvorbehalt gestellt wird, der politisch nicht legitimiert ist – das Handeln der Agenturen für Arbeit gerät in einen Widerspruch zu ihrem Auftrag der Förderung zur Teilhabe am Arbeitsleben.“ Und: „Geltende Rechte behinderter Menschen sind ohne Wenn und Aber und ungeachtet etwaiger Vorbehalte der Finanzierbarkeit konsequent umzusetzen.“

Kranke Kinder vernachlässigt

BÄK/DGSPJ, 11./12.5. scc. Der 108. Deutsche Ärztetag mahnt in einer Entschließung, der Problematik armer Kinder größere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. 1,5 Millionen Kinder und

Jugendliche leben in der BR Deutschland in relativer Armut, d.h. das Einkommen ihrer Familien liegt mehr als die Hälfte unter dem Durchschnittseinkommen. Ihr Anteil ist im Verhältnis zu anderen Industrienationen in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Dagegen seien die Sozialausgaben für Kinder und Jugendliche in diesem Zeitraum gesunken. Das Risiko armer Kinder zu erkranken, bekräftigt der Ärztetag, sei deutlich erhöht. Er fordert eine frühzeitige Intervention. In Zusammenarbeit von öffentlichem Gesundheitsdienst und Vertragsärzten müsse sichergestellt sein, dass alle Kinder vor Schulbeginn die Chance auf eine adäquate Vorsorge, auf Förderung und ggf. Therapie haben. Entsprechend seien die kinder- und jugendärztlichen Ressourcen im öffentlichen Gesundheitsdienst und in der vertragsärztlichen Versorgung zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin sieht Handlungsbedarf in den Schulen. Trotz aller Bekenntnisse, wie auch auf dem Ärztetag, würden die Gesundheitsbedürfnisse von Schülerinnen und Schülern, auch in Gesamt- und Ganztagschulen, „grob fahrlässig“ verletzt. Das sei umso beunruhigender, als mindestens 10% aller Schüler chronisch erkrankt seien und bis zu 15% an Lern- und Leistungsstörungen wie der Leserechtschreib-Schwäche oder dem Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Syndrom litten. Die DGSPJ kritisiert, dass Ansprechpartner für die Gesundheitsprobleme kranker Kinder und Jugendlicher fehlen.

Wachstumsmarkt Sozialwirtschaft

www.awo.org, 4.5. alk. Von einem regen Interesse sprachen die Veranstalter eines Kongresses Sozialwirtschaft, das waren die Bank für Sozialwirtschaft, die Bundes-AG der Freien Wohlfahrtspflege, der Nomos-Verlag und vor allem die Arbeiterwohlfahrt. Der Kongress beschäftigte sich mit den Perspektiven der Branche und Überlegungen, wie sie sich auf absehbare „Marktentwicklungen“ einrichten soll. Hier einige Punkte, wie sie auf dem Kongress diskutiert wurden:

Die Sozialwirtschaft ist ein Wachstumsmarkt – ganz global gesehen. Das ist eine der Aussagen des vierten Kongresses der Sozialwirtschaft unter dem Titel „Chancen und Risiken der Finanzierung der Sozialwirtschaft“. Im Bereich der klinischen Gesundheitsversorgung sieht Eugen Münch, Vorstandsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG, Neustadt/Saale, eine Fehlsteuerung der Auslastung von Kliniken der Grundversorgung. Chancen sieht er in der Entflechtung von Maximalversorgung (die

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

dürfte, weil teuer und zuschussbedürftig wohl weiterhin von Ländern und Gemeinden zu tragen sein) und den übrigen Krankenhäusern, die dann die Chancen für die private Sozialwirtschaft brächten.

Ein Prof. Dr. Stefan Sell, Fachhochschule Koblenz, stimmte die Sozialwirtschaft auf die künftige Finanzierung ein: Der Gesetzgeber werde die Systeme sukzessive zu Grundversicherungssystemen umbauen, Leistungen würden flächendeckend pauschaliert, es gebe einen schrittweise Übergang zur Steuerfinanzierung der Sozialleistungen, eine konsequente Umwandlung der Leistungen mit Rechtsanspruch in Ermessensleistungen etc. Bei dem Kampf um die Verteilung dieser knapperen Mittel, meinte der Professor, müssten die Verbände mehr das übliche Lobbywesen lernen „mit einer telegen Figur, die bei Christiansen sitzt“ und ihre Interessen öffentlichkeitswirksam vertrete.

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt, Vorstandsvorsitzender der Bank für Sozialwirtschaft AG, meinte etwas verschwiegelt, hinterfragt werden müssten die Bedürfnisgerechtigkeit, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit der Sozial- und Gesundheitsdienste. Gefragt seien eine „konstruktive Zerstörung“ des bestehenden Leistungsangebots sowie der Entscheidungsstrukturen und zugleich Innovationen. Gemeint ist damit die Einführung knallharter moderner Managementmethoden auch in der Sozialwirtschaft mit Leistungsauslese usw.

EU-Parlament weist Aufweichung der EU-Arbeitszeitrichtlinie zurück

Standard, 11.5. scc. Das Europaparlament hat sich in der Auseinandersetzung um die Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Wesentlichen auf die Seite der europäischen Gewerkschaften geschlagen. Es lehnte mit 355 zu 272 Stimmen die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Änderungen der EU-Arbeitszeitrichtlinie ab. Nach den Worten des PDS-MdB Markov schreibt die geltende Richtlinie den kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten zu Arbeitszeitfragen fest und enthält zudem Schlupflöcher und Ausnahmeregelungen zugunsten der Unternehmer. Jetzt sollten die schwachen Standards gänzlich geschleift werden. Nach den Vorstellungen der EU soll zusätzlich zu „Arbeitszeit“ und „Ruhezeit“ als dritte Kategorie „Bereitschaftsdienst“ eingeführt werden, wobei die inaktive Zeit während des Bereitschaftsdienstes nicht als Arbeitszeit gerechnet werden soll. Außerdem soll der Bezugszeitraum zur Berechnung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von vier Monate auf ein Jahr ausgeweitet, Ausgleichsruhezeiten bei Abweichen der vorgeschrie-

benen Ruhezeiten nicht sofort, sondern binnen 72 Stunden gewährt werden. Die von der EU-Kommission geplanten Ausnahmeregelungen würden ein Überschreiten der gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden erlauben. Dem hat sich die Mehrheit des EU-Parlaments verweigert. Während die BDA den Parlamentsentscheid als „Schlag gegen die europäische Wirtschaft“, verurteilte, begrüßte der europäische Gewerkschaftsdachverband das Votum als „Schutzschild für das europäische Sozialmodell“. Noch allerdings sind die Kommissionsvorschläge nicht vom Tisch. Am 2. Juni befassen sich die EU-Sozialminister mit den Ausnahmeregelungen, wahrscheinlich im nächsten Jahr entscheidet der EU-Ministerrat „endgültig“. Die Änderungen waren vor allem aus Deutschland, Österreich, Großbritannien und der Slowakei gefordert worden.

Öcalan-Prozess verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention

Internationale Liga für Menschenrechte, 12.5. alk. Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg wird die Türkei wegen rechtsstaatswidriger Bedingun-



Brüssel: Demo am 12. Mai bei der Urteilsverkündung

gen im Hochverratsprozess gegen den Kurdenführer Abdullah Öcalan verurteilt. Der Angeklagte habe in der Türkei kein faires Verfahren erhalten und sei einer „menschenunwürdigen Behandlung“ unterzogen worden. Dies verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Das Urteil zeige, so Liga-Präsident Dr. Rolf Gössner heute in Bremen, „dass der Fall Öcalan noch lange nicht Geschichte ist, sondern weit in Gegenwart und Zukunft der Türkei und Europas hineinragt. Der weitere Umgang mit diesem Fall in der Türkei wird ein Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der türkischen Menschenrechtsentwicklung sein.“ Nun müsse die Türkei in einem Wiederaufnahme-Verfahren Bedingungen schaffen, die ein faires Verfahren zulassen – sonst hätten die alarmierenden Feststellungen des Europäischen Gerichtshofs keine praktischen Auswirkungen. Die Liga appelliert deshalb an die EU-Organe, gerade im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei darauf achten, dass der

Straßburger Richterspruch tatsächlich umgesetzt wird, dass es also zu einer Neuverhandlung des Falles kommt und dass dieser unter fairen, menschenrechtlichen Bedingungen durchgeführt wird. Darüber hinaus müsse der Fall Öcalan im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen angemessene Berücksichtigung finden, fordert Rolf Gössner, „insbesondere auch was die höchst bedenklichen Isolationshaftbedingungen angeht.“ Auch wenn der Europäische Gerichtshof hier keinen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention angenommen hat, so müsse die Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imrali, wo Öcalan als einziger Gefangener festgehalten wird, doch als „äußerst besorgniserregend“ bezeichnet werden.

Öcalan selbst, bzw. seine Anwälte, haben sich noch nicht geäußert, ob sie eine Wiederaufnahme des Prozesses einfordern werden.

BRD will's nicht lassen

FAZ, 16.5. alk. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, dass Deutschland, Japan, Brasilien und Indien jetzt einen weiteren Schritt in Richtung Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat gemacht haben. Die vier Staaten brachten einen Resolutionsentwurf in Umlauf,

der Juni zur Abstimmung gestellt werden soll und der ganz allgemein formuliert eine Erweiterung des Sicherheitsrates auf 25 Mitglieder festschreiben soll. Die Aspiranten nennen aber keine konkreten Länder für die zusätzlichen sechs ständigen und vier nichtständigen Sitzen, sondern belassen es vorerst bei einer Zuordnung zu Weltregionen (ständige: Afrika und Asien je zwei, Lateinamerika und Westeuropa je einen; nichtständige: Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika). Ohne ausdrücklich das Vetorecht zu erwähnen, das bisher den ständigen Mitgliedern zusteht, heißt es im Text, die neuen Mitglieder sollen die gleichen Verantwortlichkeiten und Pflichten zuteil werden. Als Gerücht wird gestreut, so die FAZ, dass aber auf ein Vetorecht zur Not verzichtet würde. Zunächst soll eine Zweidrittelmehrheit für diese Resolution gesucht werden. Käme die zustande, dann wollten sich die Initiatoren (oder auch andere) bewerben, und müssten wiederum mit Zweidrittel gewählt werden. Schließlich könnte dann die Charta endgültig geändert werden. Die FAZ gibt sich wie bisher schon skeptisch zu den Erfolgsaussichten: „jede der kommenden Phasen (ist) für die vier Länder mit Risiken und dem Potential einer Blamage verbunden“. Vor allem die bisherigen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates stünden dem Vorhaben ablehnend gegenüber.

Zusammenstellung: alk

Falsche Lehren, neue Kriege

Die Moskauer Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschen Reichs, mit der in Europa der 2. Weltkrieg endete, und die sie begleitenden Umstände waren von starker, aber widersprüchlicher Symbolik. Allenthalben wurde die Tatsache, dass über 50 Staats- und Regierungschefs nach Moskau reisten, als diplomatischer Erfolg Russlands gewertet. Unter den Gästen der Siegesparade auf dem Roten Platz waren Bush und andere führende Politiker aus den Ländern der einstigen Antihitler-Koalition, aber auch Schröder und der japanische Ministerpräsident Koizumi.

„Der Russe wird schließlich gebraucht“ – aber ...

Putin würdigte in seiner Ansprache auf dem Roten Platz den großen Beitrag der Sowjetunion und ihrer Völker und Republiken zur Niederschlagung des Faschismus und versuchte dann, dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition folgende aktuelle Bedeutung zu verleihen: „Die Geschichte lehrt: Staaten und Völker müssen alles tun, um nicht zu übersehen, wie neue todbringende Ideologien geboren

werden, wie neue Bedrohungen entstehen. Deshalb sollten wir heute angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus dem Gedächtnis unserer Väter treu bleiben. Wir sind verpflichtet, eine Weltordnung zu verteidigen, die auf Sicherheit und Gerechtigkeit beruht, auf einer neuen Kultur der Beziehungen, die keine Wiederholung ‚kalter‘ oder ‚heißer‘ Kriege zulässt.“¹

Russland befindet sich seit langem in Tschetschenien und dem Nordkaukasus im Krieg mit Sezessionsbewegungen, die zunehmend unter islamistisch-fundamentalistischen Einfluss gerieten (und hat dabei vor und nach dem 11.9.2001 eine Reihe schwerer Terroranschläge erlebt), zudem sieht die Regierung den russischen Einfluss in zentralasiatischen GUS-Staaten durch ein Erstarren islamistischer Kräfte bedroht. Der Staat hatte sich deshalb nach dem 11.9. der „Koalition gegen den Terror“ angeschlossen und sich in seiner Außenpolitik in erheblichem Umfang in Richtung Westen orientiert.

War es aber die Absicht der russischen Regierung, mit der symbolträchtigen Gedenkfeier in Moskau den Schulterchluss vor allem mit den USA und der EU im „Krieg gegen den Terror“ und damit auch die „strategische Partnerschaft“ zu betonen und zu bekräftigen, so ist das nur teilweise gelungen, im Wesentlichen eher nicht.

Zwar zog auch Bush, dessen Moskau-Besuch in den USA heftig umstritten war, eine Linie vom Kampf der Antihitler-Koalition gegen den Faschismus zur „Demokratisierung des Nahen Ostens“, dankte Putin auch ausdrücklich für sei-

ne „Hilfe im Nahost-Konflikt“, und seine Außenministerin Condoleezza Rice betonte, dass Bush und Putin entschlossen seien, den Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen.² „Der Russe wird schließlich gebraucht“, kommentierte Daniel Jahn von afp, „als Partner im Kampf gegen den Terror und zur Lösung der Probleme mit den Atomprogrammen des Iran und Nordkoreas“.³ Das ja, aber zugleich legte es Bush darauf an, Russland den ihm nach Auffassung der Nato-Mächte gebührenden Platz zuzuweisen.

Bush hatte seine Reiseroute sorgfältig gewählt. Sie führte ihn zuerst nach Lettland, dann in die Niederlande, und nach seiner Beteiligung an den Siegesfeiern in Moskau fuhr er weiter nach Georgien. In Riga bezeichnete er die „sowjetische Besetzung Osteuropas“ als „eine der größten Unrechts-Taten der Geschichte“ und bekannte die „Mitschuld des Westens“, sekundiert vom deutschen EU-Kommissar Verheugen, der postwendend von Russland verlangte, die „Unrechtmäßigkeit der sowjetischen Machtübernahme im Baltikum anzuerkennen“. Die Beziehungen der EU zu Russland würden davon abhängen, dass sich Russland der „Wahrheit“ stelle.⁴ Damit hatten USA und EU den Gedenkfeiern in gewisser Weise ihren Stempel aufgedrückt. Der italienische „Corriere della Sera“ trifft den Tenor der veröffentlichten Meinung, wenn er in einem Kommentar von einem neuen „Krieg“ schreibt: „Der Konflikt ist am Samstag in einer baltischen Hauptstadt ausgebrochen ... Noch wissen wir nicht, wie dieser Konflikt ausgetragen wird

Stoibers Steinbruch-Strategie

Renate Hennecke

Sudetendeutscher Tag fordert Verhandlungen mit Prag „auf gleicher Augenhöhe“ und Abkehr der Signatarstaaten vom Potsdamer Abkommen.

Zwei ineinandergreifende Zahnräder bildeten das Emblem des 56. Sudetendeutschen Tages, der am Pfingstweekende in den Augsburger Messehallen stattfand. Die Anordnung der Räder erinnerte an die geografische Lage Bayerns und Tschechiens, eine Interpretation, die vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Johann Böhm (CSU), ausdrücklich bestätigt wurde. Nachdenkenswert allerdings, dass in dem „tschechischen“ Zahnrad nicht nur das Wappen der Sudetendeutschen, sondern auch das Kürzel „de“ wie Deutschland stand, getarnt als Endung der Internetadresse www.sudetendeuten.de.

Damit nicht genug. Halbkreisförmig wurden die Zahnräder verbunden durch das Motto des Sudetendeutschen Tages: „Vertreibung überwinden – Ausgleich schaffen“. Was als „ausgestreckte Hand der Versöhnung“ angepriesen wurde, war ein handfester politischer Anspruch auf Mitregieren in der Tschechischen Republik. Der zweite Teil des Mottos bezog sich nämlich auf den vor genau hundert Jahren verabschiedeten „Mährischen Ausgleich“. Das war ein Gesetzespaket, das der mährische Landtag 1905, als Böhmen und Mähren – das heutige Tschechien – noch zum Habsburgerreich gehörten, verabschiedete, um in einer Zeit der Kämpfe um das allgemeine, gleiche Wahlrecht einer Majorisierung der deutschen Min-

derheit durch die tschechische Mehrheit vorzubeugen. Eine „Ergänzung der Demokratie durch ein Volksgruppenrecht“ nannte es der SL-Bundesvorsitzende Bernd Posselt (CSU) auf einer Podi-



Der Stand von VVN-BdA und Forum solidarisches Augsburg anlässlich des „Sudetendeutschen Tages“ fand reges Interesse

und welcher Art Rückfall dies für das politische Gleichgewicht in Europa bedeuten wird. Aber die Erklärungen von US-Präsident George Bush in Riga eröffnen ein Duell der Geschichte, das unausweichlich politische Folgen haben wird.“⁵ Nicht weniger deutlich war die Aussage seines Besuchs in Georgien, der just zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem sich der georgisch-russische Konflikt krisenhaft zuspitzt.⁶ In Tiflis feierte Bush vor dem Vernehmen nach weit über 100.000 Menschen Georgien als „Leuchtturm der Freiheit“, dessen Signal in die Region am Schwarzen Meer und in die ganze Welt strahle; die georgische „Rosenrevolution“ habe ähnliche Bewegungen in der Ukraine und in Kirgistan inspiriert.⁷

Die Krise in Usbekistan

Dass es um mehr als einen Krieg der Worte geht, wurde der Welt postwen-

dend vor Augen geführt. Binnen weniger Tage schob sich ein weiterer Krisenherd ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit, der ein Schlaglicht auf die verworrene und gefährliche Entwicklung der Konflikte zwischen den Westmächten zum einen, Russland und dem GUS-Raum zum zweiten und der islamischen Welt zum dritten wirft: Usbekistan. Hier ging die autokratische, weitgehend auf Staatswirtschaft basierende Regierung mit brutaler Gewalt gegen Massendemonstrationen vor. Vermutlich mehrere hundert Menschen wurden dabei getötet. Die Regierung legitimiert nicht nur die aktuelle Gewalt mit dem „Kampf gegen islamistischen Terror“. Dabei steht einerseits wohl außer Frage, dass die wirtschaftliche Stagnation, ungelöste Entwicklungsprobleme, dramatisch Armut und staatliche Willkürherrschaft sozialen Widerstand hervorgerufen haben, den die Regierung unter dem Vorwand der „islamistischen Gefahr“ unterdrückt; andererseits aber auch nicht, dass sich in dieser Situation eine starke rechte, militant-islamistische Opposition entwickelt hat, die auch aus dem Ausland unterstützt wird und die das Ziel der Destabilisierung der Region verfolgt. Gleichzeitig prallen in Usbekistan russische

Interessen und Interessen der Westmächte aufeinander. Russland, dessen Einfluss in der ehemaligen Sowjetrepublik in den letzten Jahren gebrochen schien, schloss im Juni 2004 ein Abkommen über „strategische Partnerschaft“ mit Usbekistan und erreichte einige Erfolge in dem Bemühen, das Land aus westlich geförderten, gegen Russland gerichteten Bündnissen wie der GUAM⁸ herauszubrechen. Die USA und die BR Deutschland unterhalten Basen in dem Land, das sie als Aufmarschgebiet für den Militäreinsatz in Afghanistan und als Stützpunkt ihrer Mittel-Ost-Strategie nutzen. Sie haben sich damit mitten in Zentralasien, an der Südflanke Russlands (und in unmittelbarer Nähe auch zu China), auch militärisch festgesetzt, und es bedarf keiner wilden Spekulationen, um ihr Interesse auszumachen, diese Bastion sowohl gegen Russland wie gegen islamistische Bestrebungen auszubauen.

Die BR Deutschland empfiehlt sich

Der zentrale Begriff der verschiedenen und verschiedenartigen Frontziehungen, die Bush anlässlich des 60. Jahrestages des Sieges der Anti-Hitler-Koalition bekräftigte, ist der der „Freiheit“. „Die Tyrannen der Welt haben eine Lektion gelernt“, sagte er anlässlich bei seinem Besuch in den Niederlanden: „Keine Macht ist der Macht der Freiheit ebenbürtig und kein Soldat ist so stark wie der, der für die Freiheit kämpft.“⁹ Damit wird Russland, das seinerzeit die Hauptlast bei der Niederwerfung des deutschen Faschismus trug, ebenso ausgeschlossen wie Deutschland einge-



Putin und Bush vor der Karte Russlands

umdiskussion zu diesem Thema am Samstag in Augsburg. Der Mährische Ausgleich wird von der SL-Führung als vorbildliche Lösung für alle aktuellen ethnischen Konflikte weltweit propagiert. Wichtig war Posselt dabei neben der „Gleichberechtigung der Volksgruppen“, dass über die Bestimmungen des Mährischen Ausgleichs „direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der Völker“ geführt wurden. Scheinheilig fragte er: „Warum sollte das heute nicht möglich sein?“

Im Geiste des Mährischen Ausgleichs fordert die SL-Führung die Regierung in Prag unablässig zu einem „direkten Dialog“ auf. Diese Forderung stand denn auch im Mittelpunkt der Reden auf der Hauptkundgebung des Augsburger Pfingstspektakels. Als „Moderator und Koordinator“ derartiger Gespräche bietet sich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber an, wohl wissend, dass die Forderung absurd ist. Für die tschechische Regierung ist es undenkbar, mit der SL-Führung über ein Volksgruppenrecht verhandeln, hieße das doch, den Vorstand eines privaten Vereins, der in der Tradition der

großdeutsch ausgerichteten sudetendeutschen Anschlussbewegung steht, als Exilregierung einer angeblichen Sudetendeutschen Volksgruppe anzuerkennen und ihr das Recht einzuräumen, in der Tschechischen Republik mitzugreifen.

Nun ist es allerdings eine alte Taktik sudetendeutscher Anschlusspolitiker (und ihrer Protektoren im Reich), der Regierung in Prag unerfüllbare Forderungen zu stellen, um sich dann lautstark über schlechte Behandlung zu beklagen. „Seit Jahren erhielten die Sudetendeutschen immer wieder die stereotypische Antwort (von Prag) – mit einem Verein reden wir nicht“, befürchte Edmund Stoiber in seiner Festrede bei der Hauptkundgebung am Sonntag. Und im Brustton der Empörung fuhr er fort: „Die Sudetendeutsche Volksgruppe mit ihren 3,5 Millionen Menschen, die das zweite Volk Böhmens waren, ist doch kein Gesellschaftsverein.“ Mit dem Mährischen Ausgleich habe sie „in ihrer Heimat ein großartiges Vermächtnis hinterlassen. Das gibt Ihnen die Berechtigung zu einem Dialog auf gleicher Augenhöhe“.

Auch SL-Sprecher Johann Böhm war voll von heiligem Zorn. „Das Maß an Uneinsichtigkeit, der Grad an historischer Blindheit und der Umfang nationalistischer Verblendung im Umgang mit der eigenen Geschichte sind erschreckend und passen immer weniger in das internationale Umfeld“, wetterte er und meinte damit nicht die eigenen Reihen, sondern „das offizielle Tschechien“. Dieses werde „immer mehr zur Insel der Uneinsichtigkeit und Rückwärtsgewandtheit“. Offenbar hat er vergessen, dass sich im Europaparlament nicht Tschechien, sondern die CSU-Abgeordneten mit ihrer Forderung isoliert haben, die Tschechische Republik dürfe nicht EU-Mitglied werden, wenn nicht vorher die sog. Benesch-Dekrete aufgehoben würden.

Den Höhepunkt von Böhms Rede bildete seine Aufforderung an die Signatarstaaten des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945, „die Billigung der Vertreibung der Sudetendeutschen Volksgruppe aus der Tschechoslowakei durch das Potsdamer Abkommen“ als „großen Irrtum der Nachkriegszeit“ zu verurteilen, „der fortwirkendes Unrecht

schlossen. In diesem Zusammenhang ist die Rede interessant, die Bundespräsident Köhler anlässlich des 60. Jahrestages hielt und die auf seiner Homepage unter der Überschrift „Begabung zur Freiheit“ dokumentiert ist. Interessant ist sie auch in ihrer Differenz zur Rede, die vor 20 Jahre, am 8. Mai 1985, der damalige Bundespräsident von Weizsäcker gehalten hat.

Weizsäcker, der als Offizier der faschistischen Wehrmacht aktiv war und seinen tief in die faschistischen Verbrechen verstrickten Vater und langjährigen Staatssekretär des Reichsaußenministeriums vor dem Nürnberger Tribunal verteidigt hatte, hatte damals den Dreh gefunden, die Niederlage des Faschismus als Befreiung zu charakterisieren – eine Wendung, an die sich seither so gut wie alle angeschlossen haben. Weniger beachtet wurde, dass Weizsäcker in derselben Rede zur Nachkriegsordnung Stellung nahm, indem er nämlich vom „Unrecht der Vertreibung“ sprach und damit, mehr oder weniger verhüllt, der Revision der Nachkriegsordnung das Wort redete. Weizsäcker stand in einer alten Herrschaftstradition, die vor allem die Herrschaft regional umrissenen Typs vor Augen hatte. In dieser Tradition kommt es auf den territorialen Horizont des Gebietens an, das Wort vom „Unrecht der Vertreibung“ mobilisiert großdeutsche Ressentiments und zielt letztlich auf territoriale Veränderungen.

Köhler hingegen spricht – in offensichtlicher Distanz gegenüber all den im Plan eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ zusammengefassten Bestre-

bungen – lediglich von „gewaltsamer Vertreibung“. Das lässt offen, dass Gewalt auch Recht setzt. Ihn interessieren nicht territoriale, sondern systemische Fragen. Das ist der Sinn seiner Freiheits-Rhetorik. Von „Unrecht“, und zwar schwerem, spricht er im Hinblick auf die „Unfreiheit“ in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR – die Lädierung der Eigentumsordnung durch Gründung der DDR ist ihm tatsächlich das schrecklichste Unrecht. Ihm geht es um die universelle Gültigkeit des Eigentums, die Grenzen des Territoriums treten hinter dem Geltungsanspruch von Eigentumsrechten zurück.

Köhlers Rede mag deshalb dafür sprechen, dass sich die deutsche Wirtschaft, die sich mit dem Verlust „deutscher Gebiete“ lange nicht abgefunden hatte, heute darauf einlässt, in rechtlichen Räumen nach Art der EU zu operieren, ohne nach Grenzrevisionen zu trachten. Das darf nicht missverstanden werden. Die Freiheitsrhetorik, die Köhlers Rede durchzieht, und eine Auffassung, die systemische Störungen als Unrecht sieht, begründen einen aggressiven Interventionismus, wenn es um die Freiheit des Eigentums, die Freiheit der Märkte geht. Das zeigte sich im Krieg gegen Jugoslawien zur Zerschlagung der Staatswirtschaft und ist auch in der großen Schlacht um die Öffnung und Modernisierung der islamischen Welt verlangt. Die Bereitschaft zu Interventionismus und Gewalt verstellt den Blick für eine alternative, demokratische, das Wohl der Betroffenen verfolgende Lösung von Entwicklungspro-

blemen, wie der Verlauf des Irak-Krieges überdeutlich machte. Und: Sie stürzt die Akteure in Gefahr, sich ganz gewaltig zu überheben. scc

- 1 dpa, 9.5., zitiert nach: FTD, 10.5.
- 2 Putin sprach sich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich für einen Verbleib der USA im Irak aus. Russland sei zwar gegen den Irak-Krieg gewesen, aber ein frühzeitiger Abzug der US-Truppen berge große Gefahren.
- 3 zitiert nach: www.russland.RU, 6.5.05
- 4 Verheugens Bemerkungen werfen Schatten auf EU-Russland-Gipfel, www.euractiv.com, 9.5.
- 5 Zitiert nach FTD, 9.5., Presseschau
- 6 Georgien verlangt ultimativ die Auflösung der beiden letzten russischen Stützpunkte. Per Gesetz wurden die Stützpunkte für ab dem 15.5.05 illegal erklärt und Sanktionen angedroht. Russland wiederum drohte mit „adäquaten“ Gegenmaßnahmen zum Schutz der Stützpunkte und der russischen Bürger in Georgien. Prinzipiell will die Regierung die Militärstützpunkte wohl auflösen, jedoch Zeitpunkt – von 2008 ist die Rede – und Bedingungen aushandeln und vor allem Russlands Einfluss in Georgien weiter sichern. Verkompliziert wird der Konflikt dadurch, dass Russland quasi Schutzmacht secessionistischer Bestrebungen in Teilen Georgiens ist. Quelle: Diverse Artikel unter www.russland.ru/georgien/
- 7 NZZ, 11.5., Überschwängliches Lob Bushs für Georgien.
- 8 Die GUAM, die sich als Gegenlager zur GUS gebildet hatte, zunächst unter Einschluss Usbekistans, führte in den letzten Tagen ihren Gipfel durch, bei dem neben den Regierungen der beteiligten Länder Georgien, Aserbaidschan, Ukraine, Moldawien auch die Staatspräsidenten aus Rumänien und Litauen sowie eine Regierungsdelegation aus den USA teilnahmen. Der georgische Präsident Saakaschwili rief dazu auf, die GUAM „zu einer Organisation demokratischer Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion zu machen“.
- 9 zitiert nach: Die Welt, 9.5.

.....

und Leid hervorgebracht hat“. Damit hat er nun endlich Klartext geredet, dass es bei der Verurteilung der Benesch-Dekrete (tschechischer Nachkriegsgesetze zur Regelung des Umgangs mit denjenigen, die sich während der Besatzungszeit auf die Seite der deutschen Okkupanten gestellt hatten) eigentlich um einen Angriff auf das Potsdamer Abkommen geht, in dem die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition nicht nur die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei als notwendige Maßnahme zum Schutz der östlichen Nachbarn Deutschlands vor erneuter Destabilisierung mit Hilfe deutscher Minderheiten festlegten, sondern auch die Nachkriegsgrenzen Deutschlands bestimmten und Maßnahmen vereinbarten, die es Deutschland unmöglich machen sollten, je wieder einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Ermutigt zu dieser Klarstellung fühlte sich Böhme nach eigenen Worten durch Äußerungen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush bei seinem Besuch in der lettischen Hauptstadt Riga Anfang Mai. Vor Vertretern der balti-

schen Staaten hatte Bush sich für „Irrtümer der Nachkriegszeit“ entschuldigt. Offenbar hielt er es für einen Irrtum, nach dem 8. Mai 1945 nicht sofort in einen Krieg gegen die Sowjetunion zur „Befreiung“ der baltischen Staaten von „kommunistischer Unterdrückung“ eingestiegen zu sein. Deutschland wäre in diesem Falle als Verbündeter dabei gewesen und das Potsdamer Abkommen wäre in der Tat nie zustande gekommen. So aber hat, laut Böhme, „am 8. Mai 1945 in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ein neuer Krieg“, ein „Kampf der bewaffneten Gewalt gegen die Wehrlosigkeit“ begonnen. Ein neuer Zivilisationsbruch: „Die Angegriffenen waren nicht durch internationales Recht geschützt, auch nicht durch die Regeln der Zivilisation, die einmal mehr in diesen schrecklichen 40er Jahren des letzten Jahrhunderts außer Kraft gesetzt wurden“. In der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey ist die Vokabel „Vertreibungsholocaust“ üblich. Wie weit davon entfernt sind Böhm's Kennzeichnungen?

Der SL-Sprecher ließ sich aber nicht nur von Bush zu seinem Appell an die

Signatarstaaten des Potsdamer Abkommens, sondern auch von Günter Grass zu einem Appell an „die deutschen Intellektuellen“ anregen. Sie sollten sich an dem „ausgewiesenen Linksintellektuellen“ ein Beispiel nehmen und „sich die legitimen Forderungen der sudeten-deutschen Heimatvertriebenen nach Volksgruppenrechten, nach der Ächtung der Vertreibung als Völkermord und der Anerkennung des Rechts auf Heimat zu eigen“ machen.

Als Strategie des „weichen Wassers“, das „den Stein bricht“, wenn man nur genug Geduld aufbringe, wollten Böhme und Stoiber ihre Politik gegenüber Tschechen verstanden wissen. Wie „weich“ die „Strategie der Versöhnung und des Ausgleichs“ ist, lässt sich anhand des oben Geschilderten beurteilen. Glaubhafter ist die Benennung des Ziels: Der „Stein“ Tschechien soll gebrochen werden. An der Moldau wird man diese Töne zu interpretieren wissen. Hier zu Lande sollte man Abschied von allen Illusionen nehmen, die Vertriebenenverbände hätten ihre aggressiven Zielvorstellungen hinter sich gelassen.

Kriegsverbrecher- ehrungen? Endlich weg damit!

Unter diesem Motto fanden im vierten Jahr die Protestaktionen gegen die Traditionsfeierlichkeiten der Mittenwalder Gebirgsjäger statt. Es war ein eindrucksvolles Veranstaltungsprogramm geplant, das aber von den Behörden in Mittenwald und der Polizei nach Kräften behindert wurden. Mehrere hundert Menschen nahmen an den Protestveranstaltungen teil. Die Mittenwalder Bevölkerung reagiert äußerst aggressiv auf die Proteste, von einer Distanzierung vom Kameradenkreis der Gebirgsjäger war bei der Gegendemonstration am Pfingstsamstag nichts zu spüren.

Dieses Fazit ziehen auch die Veranstalter: „... Nach drei Jahren stehen die politisch Verantwortlichen immer noch stramm hinter dem Kameradenkreis. Die Forderung, Kriegsverbrecher von der Brendtenfeier auszuschließen, verhallt ungehört. Stattdessen wird das Demonstrationsrecht am Hohen Brendten durch Privatisierung von Parkplätzen ausgehebelt, ein Gottesdienst für die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges soll verhindert werden. Am gravierendsten ist aber, der Zeitzeugenveranstaltung mit Überlebenden der Massaker und des Holocausts in Mittenwald würdige Räumlichkeiten zu verweigern. Unsere Forderung ist übrigens nicht, wie in der Presse kolportiert wird, dass Mittenwald den Kameradenkreis der Gebirgsjäger davonjagen soll. Die Mittenwalder Bevölkerung und nicht nur ihr Tourismusbranche muss entscheiden, ob sie 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus an der Tradition festhalten will, den Mördern von Frauen und Kindern, und den Deportationsgehilfen ihre Stadt zu überlassen ... Wir werden in Mittenwald bezüglich der Morde in Cammerino, Nordnorwegen, Lyngiades, Moutoutsias neue Namenslisten der Polizei übergeben und damit ausdrücklich neue Ermittlungsverfahren anregen ...“

Wir dokumentieren die Presseerklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, das dieses Jahr DemonstrationsbeobachterInnen stellte. Weitere Informationen im Internet bei www.nadir.org/mittenwald oder de.indymedia.org *wob*

Präventiv-willkürlich eingegegtes Demonstrationsrecht auf bayerische Art

Presseinformation des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 16. Mai 2005

Überall in der Bundesrepublik wird in den letzten Monaten der Befreiung von Krieg und Faschismus gedacht. In Mittenwald dagegen feiern die Gebirgsjäger ungebrochen ihre Tradition, zu der Kriegsverbrechen in Griechenland, Ita-



lien und anderswo gehören. Den Zeitzeugen der Todesmärsche, den Überlebenden der Konzentrationslager steht dagegen in Mittenwald noch nicht einmal angemessener Raum zur Verfügung. Denjenigen, die die Erinnerung an die Kriegsverbrechen wachhalten und der Opfer gedenken, werden die Möglichkeiten, sich zu versammeln und ihre Meinung öffentlich kundzutun, in unerträglichem Maße beschnitten.

- Zeitzeugen mussten Pfingstsamstag in einem Zelt, weitab von jeder Mittenwalder Öffentlichkeit, von ihren schrecklichen Erfahrungen berichten.
- Für das Treffen der Gebirgsjäger am Ehrenmal auf dem Hohen Brendten wurde Pfingstsonntag dagegen ein ganzer Berg polizeilich abgeriegelt und zu Privatgelände erklärt. Die „Privatstraße des Bundes“ – ein Widerspruch in sich – wurde kurzerhand auf dem gesamten Zufahrtsweg privatisiert und stand einzig den Gebirgsjägern und ihrem Freundeskreis zur Verfügung. Den KritikerInnen dieses Treffens wurde jede Möglichkeit versagt, ihren Protest auch nur in „angemessener“ Entfernung vorzubringen. Nach polizeilichem Augenschein wurde aussortiert und zeitweise in Gewahrsam genommen.

Schon an den Vortagen wurden die Versammlungen der Anhänger der „angreifbaren Traditionspflege“ autoritär-staatssichernd eingegegelt.

- Freitag, 13. Mai 2005, wurde die Gegend um ein Privathaus in Wolfratshausen zur „Bannmeile“ und für jedes öffentliche Anliegen unzugänglich erklärt.

- Busse und anreisende PKW wurden ständig – „verdachtsunabhängig“ – kontrolliert. Die wenigen Busse der KritikerInnen der Gebirgsjäger gerieten in immer neue Kontrollen. Personalien wurden überprüft. Plakate wurden beschlagnahmt, weil das Impressum fehlte. Ein T-Shirt mit der Aufschrift „Feuer und Flamme für diesen Staat“ musste umgedreht getragen werden.

- VersammlungsteilnehmerInnen sollten sich in eng mit Flatterband abgesperrte Umzäunungen begeben, die als der ihnen zugewiesene Versammlungsraum bezeichnet wurden.

- Beim Zugang zu Demonstrationen führte die Polizei bei den Teilnehmenden Taschen- und Personenkontrollen durch. Noch die letzte Streichholz-

schachtel oder das Paket Kekse wurden geöffnet. Bücher und Broschüren wurden eingehend auf Verdächtiges überprüft.

- Selbst die Personalien der zu benennenden Ordner und Ordnerinnen wurden akribisch aufgenommen. Sputeten sich Teilnehmende nicht, sofort den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten, so wurde gedroht, mit diesem Verhalten bringe man den Versammlungsleiter in Schwierigkeiten.

- Bis ins Kleinlichste kontrollierte die Polizei die Einhaltung der Auflagen: Nur ein wenig zu kurz geratene Transparentstöcke wurden ebenso bemängelt wie die Nutzung dünner Bambus statt Holz. Verlangt wurde immer wieder, die seitenweisen Auflagen bei der Kundgebung vorzulesen.

- Vermummung wurde je nach Situation und Gutdünken definiert. Der Staatsanwalt hatte Freitag zunächst beschlossen, dass das Tragen von drei der Utensilien – Sonnenbrille, Mütze und Kapuze – als Vermummung gelte und geahndet würde. Zwischenzeitlich wurde es auf zwei Utensilien herabgestuft.

- Mit Festnahmen einzelner aus Versammlungen heraus oder auch am Rande von Versammlungen wurden die Demonstrierenden immer wieder provoziert.

Insgesamt wurde ein vordemokratisch-autoritäres Grundrechtsverständnis deutlich. Versammlungen wurden grundsätzlich als potentielle Gefährdungen aufgefasst, die es präventiv polizeilich zu kontrollieren, zu überwachen und einzuschüchtern gelte. In all diesem machtvollen Auftreten bleibt nur ein positives Moment zu benennen: Fast durchgängig waren PolizeibeamtInnen bereit, auf Nachfrage Name und Einheit zu nennen. Fast mit Erstaunen musste man angesichts solch autoritären Auftretens der Polizei die Reaktionen der Protestierenden beobachten. Gegenüber all diesen Zumutungen und Übergriffen verhielten sie sich durchweg äußerst gelassen und humorvoll-verwundert. Konzentriert darauf, ihr Anliegen zum Ausdruck zu bringen, die begangenen Verbrechen an- und eine verantwortlichen Umgang mit der Geschichte einzuklagen, ließen sie sich nicht provozieren.

Für die DemonstrationsbeobachterInnen geg. Elke Steven

Widerstand gegen Studiengebühren kommt in Schwung

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar droht in den verschiedenen Bundesländern die Einführung von Studiengebühren, für den Anfang je nach Bundesland um die 500 Euro/Semester. Nach Beginn des Semesters sind an einigen Universitäten die Proteste dagegen richtig in Schwung gekommen, kleinere Aktionen finden an vielen Universitätsorten statt.



Freiburg

Am 2. Mai besetzten Studierende aller Hochschulen in Freiburg das Rektorat der Universität. Damit wollten sie ihren Forderungen nach einer verfassten Studierendenschaft, einer demokratisch aufgebauten und von der Wirtschaft unabhängigen Universität sowie nach einem gebührenfreien Studium Ausdruck verleihen. Inzwischen wurde die Besetzung beendet, mit einer Demonstration von 5000 bekräftigten die Studierenden, dass sie einen langen Atem haben.

In Stuttgart, einem weiteren Zentrum der Proteste, beschloss die Vollversammlung aller Studierenden am 28. April in einer Resolution: „Hochschulbildung muss gebührenfrei bleiben! Im Januar diesen Jahres hat das Bundesverfassungsgericht den Weg für Studiengebühren geebnet. Die Landesregierung plant, ab 2007 Studiengebühren in Baden-Württemberg einzuführen. Damit ist der freie Bildungszugang gefährdet. Studiengebühren gefährden den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und sind sozial ungerecht. Die Studierenden der Universität Stuttgart

lehnen die Einführung von Studiengebühren in jeglicher Form ab und fordern die Landesregierung auf, auch weiterhin ein gebührenfreies Erststudium zu garantieren.“ Die Vollversammlung beschloss, ab dem 2. Mai einen Boykott des Vorlesungsbetriebs durchzuführen und die Vorlesungen durch ein alternatives Programm zu ersetzen. Am 4. Mai demonstrierten rund 8000 Studierende für ihre Forderungen.

In Hamburg beteiligten sich über 13.000 Studierende, das sind mit 33,6% im Vergleich zu Studierendenparlamentswahlen sehr viele, an einer Urabstimmung und stimmten zu 94% gegen die Einführung von Studiengebühren (in Oldenburg, wo ebenfalls eine Urabstimmung durchgeführt wurde, waren es sogar 97%). Auf einen nach allen Zeugenaussagen ausgesprochen friedlichen Boykott des Universitäts-Hauptgebäudes am 10. Mai reagierten Verwaltung und Polizei – zum wiederholten Male – mit einem massiven Einsatz mehrerer Hundertschaften, die willkürlich Studierende in Gewahrsam nahmen und mit einem Greiftrupp Jagd auf einen vermeintlichen Rädelsführer durchführten.

Weitere Protestaktionen werden u.a. aus Greifswald, Potsdam, Flensburg, Kiel, Bremen, Osnabrück, Oldenburg, Jena, Erlangen,

Köln, Wuppertal, München und Regensburg gemeldet. In Nordrhein-Westfalen nutzen Studierende den Landtagswahlkampf, um gegen Studiengebühren zu mobilisieren.

Derweil beschloss die bayerische Landesregierung, die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in Bayern auf das Sommersemester 2007 zu verschieben. Begründung: Das Hochschulgesetz solle auch in anderen Punkten novelliert werden. Dafür seien die Vorbereitungen noch nicht fortgeschritten genug. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren hält diese Begründung für unzureichend. Sozialverträgliche Studiengebühren, so das Aktionsbündnis, seien nicht möglich, und die Verschiebung sei ein weiterer Beweis da-



Potsdam

für. Der Geschäftsführer des Aktionsbündnisses, Sascha Vogt: „Studiengebühren sind und bleiben kontraproduktiv, wenn man den Hochschulzugang für alle Schichten erweitern will. Das sieht jetzt offenbar auch Bayern soll und will die negativen Effekte lieber erst nach der Bundestagswahl 2006 präsentieren müssen. Das macht es aber nicht besser. Sinnvoller wäre ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern, das es Kindern aus allen Schichten ermöglicht, ein Studium aufzunehmen, und nicht das Errichten neuer sozialer Schranken.“

Für den 2. Juni werden an drei Standorten dezentrale bundesweite Demonstration vorbereitet: in Halle (Ost), Hannover (Nord), Frankfurt (Mitte). Die Studierendenschaften in Berlin und Brandenburg beschlossen daraufhin, eine Lücke zu schließen und eine vierte Demonstration in Potsdam durchzuführen.

Quellen und Links: www.uebergebuehr.de; www.fzs-online.org; www.abs-bund.de; de.indymedia.org



Hamburg



Südafrika. Über 3000 Menschen aus dem Bezirk 25 in Durban versammelten sich am 13. Mai zu einem Demonstrationszug, um den Rücktritt von Bürgermeister Baig zu fordern, dem sie Untätigkeit vorwarfen. Der Bezirk 25 gehört zu den zahlreichen trostlosen Townships in den südafrikanischen Großstädten, in denen Landflüchtlinge und -vertriebene „wild“ ihre Hütten errichtet haben in der Hoffnung auf ein besseres Leben und in denen sie nun, oft ohne Elektrizität, Wasser und Infrastruktur, ohne Zukunft leben. Die Bevölkerung des Durbaner Bezirks 25 hat ihre Forderungen in neun Paragrafen festgehalten. Sie fordert u.a. Land und legale Wohnungen für ein Leben in Würde; die Schaffung ausreichend bezahlter Jobs; Partizipation an genuin demokratischen Prozessen der Konsultation und Bürgerrechte; angesichts weit verbreiteter Krankheiten, insbesondere HIF/Aids, ausreichend ausgestattete Gesundheitseinrichtungen; Beachtung der Bedürfnisse der weitgehend arbeitslosen Jugend; Sozialeinrichtungen einschließlich eines Gemeinschaftsgartens für die Armen und freie Erziehung für die Waisen. Durban's Bezirk 25 ist kein Einzelfall. Immer häufiger kam es in den letzten Monaten zu Massenbewegungen in den Townships. Zwei Tage zuvor hatten die Bewohner von Valhalla Park, Vrygrond, eine Demonstration durchgeführt, um Elektrizität für alle, Häuser für alle und ein Ende der Privatisierung von Regierungsland zu fordern. (Quelle und Bild: Indymedia Südafrika)

Brüssel: Demonstration für die Rechte von Kindern ohne Papiere

Lehrer, Eltern und Schüler verschiedener Schulen in Brüssel demonstrierten am 12. Mai gegen die Lebens- und Lernbedingungen von Kindern ohne Papiere. Sie wandten sich gegen die alltägliche Praxis, Familien, die oft jahrelang in Belgien leben, von einem Tag auf den anderen abzuschieben und ihre Kinder dann meist direkt aus den Schulen herauszuholen und ins Flugzeug zu setzen. Viele der Kinder sind in Belgien geboren und sprechen die Sprache des Landes kaum, aus denen ihre Eltern flohen. Die Demonstranten fordern die Verankerung der Rechte der Kinder, insbesondere des Rechts auf Unterricht. (Quelle und Bild: Indymedia Belgien)



ILO-Studie zur Zwangsarbeit

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO legte eine Studie zur Zwangsarbeit in der Welt vor. Demnach sind (ohne Gefängnisinsassen) 12,3 Millionen Menschen eingesperrt und zu unfreier Arbeit gezwungen, davon 9,5 Mio. in Asien, 1,3 Mio. in Lateinamerika, 0,9 Mio. in Afrika und dem Nahen Osten sowie 360.000 in den Industrieländern. Beinahe 10 Mio. werden durch Zwangsarbeit im Privatsektor ausgebeutet; 2,4 Mio. sind Opfer von Menschenhandel, 40 bis 50% sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die ILO schätzt die durch Ausbeutung von Zwangsarbeit erzielten Profite auf rund 44 Mrd. US-\$ im Jahr. Gegenüber den „traditionellen“ Formen der Zwangsarbeit wie Sklaverei und Schuldknechtschaft erlangt der Menschenhandel im Zuge der Globalisierung immer größeres Gewicht. Die ILO fordert langfristige Präventionsprogramme gegen Armut, um die Migration in legale Bahnen zu lenken. Für Deutschland z.B., dass Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht nicht mehr als Straftat, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit gelten; Mindeststandards für informelle Beschäftigungs-

verhältnisse wie z.B. Haushaltshilfen und die Ausweitung des Entsendegesetzes über die bisher erfassten Berufe hinaus. (Quelle: The Jakarta Post, taz, 13.5.)

Spanien: Vatikan befeuert Bewegung gegen Homo-Ehe

Am 21. April hat das Gleichstellungsgesetz der sozialistischen Minderheitsregierung das Parlament passiert. Es sieht die vollständige rechtliche Gleichstellung einer Homo-Ehe ebenso vor wie das Recht gleichgeschlechtlicher Paare, Kinder zu adoptieren. Ein vergleichbar weitgehendes Gesetz gibt es bisher in der EU nur in den Niederlanden. Umfragen zufolge sind nur 26% der Bevölkerung Spaniens gegen dieses Gesetz. Doch der von Ratzinger zum Kardinalbischof und Präsidenten des Päpstlichen Familienrates ernannte Alfonso Lopez Trujillo hat die Beamten aufgerufen, das Gesetz per „Gewissensentscheidung“ zu boykottieren. Dabei bezog er sich ausdrücklich auf die „klaren Äußerungen“ des neuen Papstes. Als verantwortlich für die Glaubenskongregation hatte Ratzinger katholische Politiker aufgerufen, gegen entsprechende Gesetze zu stimmen, weil die Ehe heilig sei und homosexuelle Handlungen gegen das Moralgesetz der Natur verstießen. „Alle Christen“, fordert nun Trujillo, müssten bereit sein, „auch den höchsten Preis, den Verlust des Arbeitsplatzes, zu zahlen“, um sich gegen die „Zerstörung der Familie“ zur Wehr zu setzen. Etliche rechte Bürgermeister weigern sich inzwischen öffentlich, homosexuelle Paare zu trauen. (Quelle: Ralf Streck, Telepolis, 2.5.)

Florida: Lebenslange Fußfesseln

Nachdem ein Mädchen aufgefunden wurde, das durch einen vorbestraften Sexualtäter ermordet worden war, hat das Parlament von Florida einstimmig ein Gesetz verabschiedet, das vorsieht: Personen, die Kinder unter 12 Jahren sexuell belästigen, werden mit einer Mindeststrafe von 25 Jahren bestraft; frühestens nach 30 Jahren (bisher 20) kann ein Sexualstraftäter ein Gesuch einreichen, ihn aus der Liste der Täter zu streichen; Personen, die den Aufenthalt von Sexualstraftätern kennen, aber nicht den Behörden melden, werden bestraft; nach dem September 2005 verurteilte Sexualstraftäter, die auf Bewährung oder nach Ende der Haft aus dem Gefängnis entlassen werden, müssen lebenslang eine elektronische Fußfessel tragen. Vor allem der letzt genannte Passus trägt dazu bei, die Grenze zwischen freier Gesellschaft und Gefängnis weiter zu verwischen. Bisher tragen in Florida bereits 150.000 Menschen elektronische Fußfesseln. (Florian Rötzer, Telepolis, 3.5.) Zusammenstellung: scc

BERLIN. Rund 10.000 antifaschistische DemonstrantInnen zogen am 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, vom Bertold-Brecht-Platz zum Alexanderplatz, um den von dort angesetzten Aufmarsch von etwa 2.200 Neonazis zu verhindern. Am ursprünglich geplanten Versammlungstreffpunkt der NPD am Brandenburger Tor veranstaltete der Senat einen „Tag der Demokratie“. Der Alexanderplatz war weiträumig durch Polizei mit Wasserwerfern und Räumpanzern abgesperrt. Ein Durchdringen zur Kundgebung der Nazis war unmöglich, jedoch blockierten Tausende die geplante Route der NPD-Demo und die umliegenden Straßen. Es war offensichtlich, dass die Polizeiführung diesmal keinen politischen Auftrag hatte, den Weg für die Nazis freizumachen. Nach stundenlangem Warten kapitulierten die Faschisten und verschwanden unter Polizeischutz mit der S-Bahn. Bilder: links: Berlin (www.umbruch-bildarchiv.de), rechts oben: Düsseldorf (www.antifa-kok.de), rechts unten: Köln (www.arbeiterfotografie.com)



Kampagne: Medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere!

BERLIN. Es gibt schätzungsweise 1 Million Menschen in Deutschland, die ohne Papiere und ohne Chipkarte leben. Ihnen zumindest die medizinische Grundversicherung zu sichern, hat sich die neue Kampagne der IPPNW „achten statt verachten“ zum Ziel gesetzt. Ein 16-seitiges Faltblatt informiert über das in der Öffentlichkeit weitgehend verdrängte Thema. In einer bundesweiten Unterschriftenaktion fordert die IPPNW den Bundestag zudem auf, die gesetzlichen Voraussetzungen für ein System anonymer Behandlungsangebote für Flüchtlinge ohne Papiere zu schaffen und Rechtssicherheit bei der Unterstützung, Betreuung und Behandlung von Menschen ohne Papiere herzustellen. Die Unterschriften sollen Anfang 2006 an Bundespräsident Wolfgang Thierse übergeben werden.

www.ippnw.de

Ärzte und Sozialverbände klagen bessere Medizin für Ärmere ein

BERLIN. Führende Sozialverbände haben von der rot-grünen Bundesregierung eine deutliche Verbesserung der medizinischen Versorgung sozial Schwacher gefordert. „Die gegenwärtige medizinische Versorgung von chronisch Kranken, älteren Menschen und Behinderten ist oftmals zutiefst inhuman“, sagte der Präsident des Sozialverbandes VdK, Walter Hirrlinger, der „Berliner Zeitung“. Die Gesellschaft dürfe nicht zulassen, dass Sozialsysteme auf dem Rücken von Menschen saniert werden, die sich selbst nicht wehren könnten. Ähnlich äußerten sich der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Sozialverband Deutschland. Einen Tag zuvor, am 5. Mai, hatte bereits der

Deutsche Ärztetag in Berlin gewarnt: „Arbeitslosigkeit macht arm, und Armut und Arbeitslosigkeit machen krank, und zwar beides bis hinein in die folgende Generation“. www.vdk.de, www.bundesaerztekammer.de

Kriegsschiffparade: Polizei geht gegen Protest vor

HAMBURG. Beim diesjährigen Hafengeburtstag, bei dem traditionell auch eine große Schiffparade stattfindet (mit Ein- und Auslaufparade), war die Präsenz von Kriegsschiffen besonders groß. Auf Einladung des CDU-Senats führte die Fregatte „Hamburg“ zusammen mit vier weiteren deutschen Kriegsschiffen die große Einlaufparade am 5. Mai an. Das Hamburger Forum protestierte mit einer Flugblattaktion über mehrere Tage gegen den spektakulären Auftritt der Bundeswehr. U.a. forderte die Friedensorganisation dabei den Ersten Bürgermeister auf, die Patenschaft für die Fregatte „Hamburg“ zu kündigen. Neben der Flugblattaktion war vorgesehen, zeitgleich zur Einlaufparade auch auf der Elbe den Protest kundzutun. Eine kleine Gruppe aus dem Hamburger Forum und dem Flüchtlingsrat fuhr mit der Barkasse „Antoinette“ der „Hafengruppe“ von der Speicherstadt aus los. Die Transparente „Kriegsschiffe ... Nein Danke“ waren weithin zu sehen



und erregten bei vielen Zuschauern Interesse. Allerdings auch bei der Wasserschutzpolizei. Diese enterte die Barkasse, schnitt die Transparente ab und beschlagnahmte sie mit der Begründung, hier werde eine unangemeldete Versammlung durchgeführt. Vergleichbare Barkassen-Proteste hatten in den Vorjahren noch stattfinden können.

lbhh, Bild: B.H.

FK-VK und Ifias unterstützen die „Aktion Atomteststop“

VELBERT/BONN. Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und die Initiative für Frieden (Ifias) sind Mitglieder im Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“ und stellen sich gemeinsam hinter die „Aktion Atomteststop“ welche sich mit Nachdruck für eine europäische Abrüstungsinitiative einsetzt. In dem Aufruf der „Aktion Atomteststop“ heißt es: „Wir fordern eine gemeinsame europäische Friedenspolitik, die auf Androhung von Atomwaffen verzichtet, alle Atomwaffen aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union entfernt und sich dafür einsetzt, dass der Vertrag über ein umfassendes weltweites Verbot für alle Atomwaffenversuche unverzüglich in Kraft tritt.“ Zu den anhaltenden Diskussionen über den FDP-Antrag im Bundestag zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland kommentiert auch Roland Blach, Landesgeschäftsführer der DFG-VK in Baden-Württemberg und Koordinator der Pacemakers-Aktionen: „Es ist als Erfolg der langjährigen Arbeit der Friedensbewegung zu werten, dass sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit endlich mit der Sinnlosigkeit der Atomwaffen und insbesondere deren Lagerung in Deutschland auseinandersetzt. Die DFG-VK organisiert derzeit für den 6. August – dem 60. Jah-

restag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima – den Radmarathon PACEMAKERS, um der Forderung nach Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und deren Verschrottung ein zusätzliches Gewicht zu verleihen.“ www.dfg-vk.de

Senat verlegt Erstaufnahme für Flüchtlinge in die Pampa

HAMBURG. Spätestens Ende 2006 wird Hamburg seine Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) für Flüchtlinge vom Schiff „Bibby Altona“ am Altonaer Elbufer nach Nostorf/Horst bei Boizenburg verlegen. Das ist der Kern einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Hamburger Innenbehörde und dem Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Laut Presse stehen die Investoren schon Schlange, um das dadurch freierwerdende „Sahnstück“ an der innerstädtischen Elbpromenade zu erwerben.

Die ZEA Nostorf/Horst mit 650 Plätzen liegt rund 60 Kilometer vom Hamburger Stadtzentrum entfernt mitten in der Pampa. Mit der Versorgung der Flüchtlinge ist der Wohlfahrtsverband der Malteser beauftragt. Die Anlage selbst beschreibt die Innenbehörde fast schwärmerisch wie folgt: es gäbe in Nostorf/Horst „vielfältige Freizeitangebote wie eine Kinderspieltube, einen Frauentreff, einen Fitneßraum sowie Sportangebote und verschiedene Veranstaltungen“. Aufschlußreicher als diese Beschreibung ist das, was nicht genannt wird, z.B. ist keine Rede von Schulen und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Auch gibt es in der näheren Umgebung der ZEA weder RechtsanwältInnen noch unabhängige Beratungsstellen noch andere Kontaktmöglichkeiten für die Flüchtlinge außerhalb der ZEA. Die Verlegung bedeutet deshalb für die betroffenen Flüchtlinge mit großer Wahrscheinlichkeit weitere Isolierung und Rechtlosigkeit. Der Hamburger Flüchtlingsrat will mit anderen Flüchtlingsräten und Pro Asyl Kontakt aufnehmen, um Protest und Widerstand gegen das Hamburger Vorgehen zu organisieren. *Lbhh*

Boycott gegen Essenspakete – Resolution an die Regierung

MÜNCHEN. Am 3. Mai 2005 begannen 64 Flüchtlinge aus dem Lager in der Emma-Ihrer-Str. 8 ihren Protest gegen Essenspakete, die sie anstelle von Sozialhilfe erhalten. Sie wollen die Pakete weiter boykottieren, bis sie Barbezüge anstelle der Pakete bekommen. Eine Solidaritätskundgebung mit rund 80 TeilnehmerInnen, vor allem Flüchtlingen, fand vor dem Lager statt. In einer Resolution die am 9. Mai an die Regierung von Oberbayern gesendet wurde, fordern 39 Boycott-Flüchtlinge u.a.: „Das Leben von Essenspaketen ist

für uns ein unerträglicher Zustand, den wir nicht länger hinnehmen können. Wir fordern von Ihnen als zuständiger Behörde, dass wir ab sofort anstelle von Sachleistungen den kompletten Geldbetrag, der uns offiziell zusteht – unter anderem 132 Euro pro Person monatlich für Lebensmittel – in Form von Bargeld ausbezahlt bekommen. Die 2 Essenspakete, die wir pro Woche bekommen, entsprechen nicht unseren Bedürfnissen. Die darin enthaltenen Lebensmittel sind von minderwertiger Qualität, vieles ist für uns schlichtweg ungenießbar und muss deshalb weggeworfen werden ... Wir wollen Bargeld ausbezahlt bekommen, damit wir selber entscheiden können, was wir essen, und was wir für uns und für unsere Kinder kaufen. Darum boykottieren wir die Annahme der Essenspakete. Wir möchten Sie daran erinnern, dass es für Sie nach geltender Gesetzeslage jederzeit möglich wäre, uns Bargeld statt Sachleistungen auszusahlen. Übrigens wäre dies sogar deutlich billiger und weniger aufwändig. Außerdem haben viele von uns bereits seit mehr als drei Jahren Sachleistungen bezogen und haben damit laut Gesetz sogar ein Recht darauf, künftig Bargeld statt Sachleistungen zu bekommen.“ *carava.net*

Demo 20.5.: Kettenduldungen abschaffen – Bleiberecht durchsetzen!

DÜSSELDORF. Mit dem Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen „Zuwanderungsgesetz“ sollte die Praxis langjähriger „Kettenduldungen“ abgeschafft werden. Daher hofften viele der Flüchtlinge mit „Duldung“ auf die mit mehr sozialen Rechten und einem etwas sichereren Status verbundene Aufenthaltserlaubnis, die gesetzlich vorgesehen ist. Der Erlass des Innenministeriums von NRW zur Umsetzung des „Zuwanderungsgesetzes“ betrügt die Flüchtlinge um diese Möglichkeit und legt ihnen in zynischer Weise nahe, „freiwillig“ auszureisen – unter welchen Umständen auch immer. Aber das ist noch nicht alles: die Ausländerbehörden erteilen Flüchtlingen mit Duldung, die bisher eine Arbeitserlaubnis hatten, vermehrt Arbeitsverbote.

Daher rufen verschiedene Flüchtlings-Initiative und -Netzwerke in NRW zur Demonstration am 20. Mai nach Düsseldorf auf unter den Losungen: Der Erlass des Innenministeriums von NRW muss weg! Bleiberecht für Alle! Gegen Sozialabbau und soziale



Ausgrenzung!

www.kmii-koeln.de

Gemeinsamer Protesttag am 25. Mai in Bremen

BREMEN. Die Mitgliederversammlung der GEW Bremen ruft die Beschäftigten im Bildungs- und Erziehungsbereich, die Eltern, Studierende, Schülerinnen und Schüler auf zu einem gemeinsamen Protesttag am Mittwoch, 25. Mai: „Wir schlagen vor, dass sich die Schulen, die Kitas, die Hochschulen und Weiterbildungsträger, die Freizeits und alle anderen von den Beschlüssen der Großen Koalition betroffenen Einrichtungen gemeinsam wehren: * Gegen Kürzungen im Bildungs- und Erziehungsbereich * Gegen Arbeitszeitverlängerung und Gehaltsabbau * Für die Übernahme des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst durch das Land Bremen und seine Anwendung auf die Beamten * Gegen erhöhte Kindergartenbeiträge und gegen Studiengebühren * Für mehr Mitbestimmung in den Bildungseinrichtungen * Gegen weitere Privatisierungen“ Treffpunkt ist 12 Uhr auf dem Marktplatz. Zu diesem Zeitpunkt tagt die Bürgerschaft. Es werden u.a. das Studiengebührengesetz, das Schulverwaltungsgesetz und das Besoldungsgesetz behandelt.

Unterstützt wird die Aktion vom Bremer Sozialplenum, dem Asta der Uni Bremen, von Resist! Bündnis gegen das neue Schul(verwaltungs)gesetz und Studiengebühren und von der Gesamt-SchülerInnenVertretungBremen.

www.gew-bremen.de

Zusammenstellung: baf

Nur gemeinsam sind wir stark!

Die Politik der großen Koalition bietet den Menschen in Bremen keine Perspektive. Die Umverteilung von unten nach oben und die Haushaltskürzungen müssen ein Ende haben. Gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen ist nötig!

- Keine Stellenstreichungen und Privatisierungen!
- Für eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule!
- Gegen Arbeitszeitverlängerung und Gehaltsabbau!
- Für sozialversicherte Beschäftigung statt 1C-Jobs!
- Gegen das neue Schulverwaltungsgesetz - Für mehr Mitbestimmung!

**Kundgebung
25.5.2005 | 12 Uhr
Marktplatz**

www.gew-bremen.de | www.studiengebuehren.de | www.asta.uni-bremen.de | www.resist-bremen.de | www.gew-bremen.de

ASD
Bündnis gegen Sozialabbau
Widerstand und Integration

GEW
Gewerkschaft
Bremen

ASIA und Bremen
ASIA Technik der
Hochschule Bremen

RESIST!

Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift „Einblick – PDS – Diskussionsforum zur Stuttgarter Kommunalpolitik“ bietet eine Bestandsaufnahme zu 100 Tagen Hartz IV in Stuttgart. Manfred Hammel ist Sozialberater, er kandidierte 2004 auf Platz 2 der offenen Liste der PDS. Ulrike Küstler, seit 2003 im Gemeinderat, wurde 2004 auf Platz 1 aufgestellt und wiedergewählt.

100 Tage „Hartz IV“ – ein (un-)organisiertes Chaos?

Manfred Hammel

Grundsätzliches

Am 1. Januar 2005 traten sowohl die überwiegenden Teile des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) als auch des SGB XII (Sozialhilfe) in Kraft. Keinerlei Gültigkeit hat seit diesem Zeitpunkt das bislang aus dem SGB III (Arbeitsförderung) hervorgehende Recht der Arbeitslosenhilfe. Dieser Leistungsbereich wurde abgeschafft. Sowohl die bisherigen EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe als auch die als erwerbsfähig einzustufenden EmpfängerInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt sind bei einer weiter bestehenden Bedürftigkeit nunmehr darauf verwiesen, Leistungen des Arbeitslosengeldes II zu beantragen. Es vollzog sich hier gerade keine Zusammenlegung zweier Leistungsbereiche, sondern ein vollkommen neuer Sozialleistungszweig mit neuen Voraussetzungen für eine Leistungsgewährung entstand.

Probleme mit der Antragstellung

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden einzig auf Antrag erbracht (§ 37 Abs. 1 SGB II): Dieser zentrale Grundsatz hatte in der Praxis zur Folge, dass ein Dutzende an Seiten umfassendes Formular entstand, mit dessen Ausfüllung gerade MigrantInnen sowie schreib- und ausdrucks-technisch ungünstig veranlagte Bedürftige erhebliche Schwierigkeiten hatten und haben. Nicht mehr ausreichend ist innerhalb des neuen Systems des SGB II die reine Kenntnisnahme eines öffentlichen Trägers von einer Notlage wie dies noch das Sozialhilferecht regelt. Die ohnehin bereits seit langem zu beklagende Überlastung der Agenturen für Arbeit sowie der Sozialhilfeträger, welche sich in einer unzureichenden Beratung und persönlichen Unterstützung mittelloser Menschen zeigte, verursachte lange Wartezeiten, auf die sich betroffene Personen einzustellen hatten, wenn sie einen Beratungstermin erhalten wollten.

Verschärft wurde diese Situation noch durch die vom Gesetzgeber in das SGB II eingebaute geteilte Zuständigkeit mit Abweichungsmöglichkeiten. Ausgehend von dem zwischen der derzeitigen Bundesregierung und den Uni-

onsfraktionen im Deutschen Bundestag ausgetragenen Konflikt hinsichtlich der Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitsuchende (die Bundesregierung plante eine Alleinkompetenz der Arbeitsagentur, die Unionsfraktionen favorisierten eine umfassende Kompetenz der Kommunen) entstand das nun folgende System der geteilten Trägerschaft:

Die kommunalen Träger (Landkreise und kreisfreie Städte) haben hier Leistungen für Unterkunft und Heizung, einmalige Leistungen zur Erstausrüstung des Wohnraumes sowie mit Oberbekleidung und für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen, sowie begleitende psychosoziale Hilfen zur beruflichen Eingliederung wie Schuldner- und Suchtberatung sowie die Betreuung minderjähriger und behinderter Kinder bzw. die häusliche Pflege von Angehörigen zu erbringen.

Die Bundesagentur für Arbeit muss die restlichen Hilfen (insbesondere die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie Mehrbedarfszuschläge und Leistungen zur beruflichen Eingliederung) erbringen. – Eine Kompetenzzuweisung, von der aber abgewichen werden kann. Im Rahmen eines besonderen Erprobungsverfahrens sind auch Kommunen berechtigt, diese Hilfen zu gewähren. In Baden-Württemberg sind dies die Landkreise Biberach, Bodensee, Ortenau, Tuttlingen und Waldshut. Es ließen sich hier nicht die für unseren Südweststaat insgesamt sechs gestatteten kommunalen Träger finden, die willens sind, ein solches Optionsmodell umzusetzen.

In Stuttgart wurde hingegen zwischen der Bundesagentur und der Landeshauptstadt Stuttgart eine Arbeitsgemeinschaft vereinbart. Es entstand ein von diesen beiden Körperschaften getragenes JobCenter. Dies ist aber bei weitem nicht in sämtlichen Kommunen der Fall. Häufig muss hier noch ein unstrukturiertes Nebeneinander von kommunalem Träger und Bundesagentur festgestellt werden.

Auf Grund der hohen, von der Bundesregierung und weiten Teilen der Öffentlichkeit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber eingenommenen Erwartungshaltung konnte zum 1. Januar 2005 eine Auszahlung des Arbeitslosen-

In der Praxis zeigen sich nun die Mängel

Ulrike Küstler

STUTTGART. Am 22. April stellten zwei Vertreter und eine Vertreterin des JobCenters Stuttgart im Kulturtreff Untertürkheim ihre Arbeit vor. Sie erklärten die grundlegenden Regelungen von Hartz IV. Interessant wurde es, als sie auf konkrete Fälle in Stuttgart angesprochen wurden.

Einmalige Beihilfen für notleidende Schwangere und Neugeborene

In den ersten drei Monaten nach Einführung der Hartz IV Gesetze gab das JobCenter die Auskunft, Schwangere, die Anspruch auf Leistungen des Alg II haben, und deren neugeborene Kinder bekämen nur noch einzelne geringe einmalige Beihilfen für die Erstausrüstung an Kleidung und Einrichtungsgegenständen. Und die Pauschale für die Erstlingsbekleidung werde erst nach der Geburt ausgezahlt. Nach Informationen durch Personen im Sozialberatungsbereich intervenierte die PDS-Stadträtin Ulrike Küstler. Nach längerem Hin und Her wurde im JobCenter und von der Leitung des städtischen Sozialamtes zugestanden: Empfängerinnen von Alg II und von Sozialgeld werden gleich behandelt, und zwar erhalten sie alle auch bisher gewährten einmaligen Beihilfen. (Man muss dazu sagen, dass diese im Jahr 2004 mit Zustimmung der Stadtratsmehrheit gekürzt wurden).

Darauf angesprochen, wollte der Vertreter des JobCenters nichts von dieser Problematik wissen. Es sei immer nach Gesetz verfahren worden. Allerdings konnte er keine klare Aussage dazu machen wie im Einzelnen. Den Hinweis, dass rückwirkend alle Fälle im ersten Quartal so behandelt werden müssen, nahm er nur widerwillig auf. Allen, die im JobCenter Leistungen beantragen müssen, muss also erneut geraten werden, die Bescheide nicht einfach hinzunehmen, sondern sie prüfen zu lassen und, wenn erforderlich, Widerspruch einzulegen.

Wer kontrolliert das JobCenter?

Eine weitere Kontroverse entwickelte sich über die Frage, wer kontrolliert das JobCenter. Hingewiesen auf die Beschlusslage des Gemeinderats, dass regelmäßig über die Arbeit des JobCenters berichtet und diskutiert werden müsse, behauptete Herr Bassompierre, der Gemeinderat habe dem JobCenter gar nichts zu sagen. Sein Kollege Herr Biedermann, der für die U25

(Unter-25-Jährige Hilfesuchende) zuständig ist, verstieg sich zu der Aussage, die Vorlage für eine Konzeption über die Eingliederungsleistungen im Stadtrat sei „falsch“. Falsch, weil es sich nur um ein Papier des JobCenters handele. Falsch auch im Inhalt, weil die Angaben über die Leistungsgewährung, dargestellt in einer Tabelle von Problemstellungen und Altersgruppen, ein Papier der Träger der Freien Wohlfahrtspflege sei, das der neue Arbeitsförderer Kreuz einfach in seine Ausführungen eingebaut habe. Das JobCenter verfähre aber gar nicht nach diesen Einteilungen.

Der Streit wird also nicht nur um einzelne Leistungen weitergehen, sondern auch um die Durchsetzung der Rechte des Gemeinderats.

Das Konzept der Stadt für Eingliederungsleistungen des JobCenters: „Aktive Integration in den Arbeitsmarkt“

Bürgermeister Föll legte dar, dass die Stadt finanziell bei Hartz IV weder gewinne noch verliere. Den von der Bundesregierung versprochenen Überschuss für den Ausbau der Kleinkindbetreuung werde es nicht geben. Die SPD wies zu Recht darauf hin, dass das Land die 10,5 Mio. Euro, die der Bund für die Unterbringungskosten von Langzeitarbeitslosen zahlt, den Kommunen vorenthalten wird. Stuttgart hätte aus dieser Erstattung 1,2 Mio. zu erwarten gehabt. Föll musste diese Kritik bestätigen.

Eine grundsätzliche Kritik am Stuttgart Konzept für die Eingliederungsleistungen des JobCenters wurde von den Fraktionen nicht geführt, auch wenn in den Zeitungen dieser Eindruck erweckt wurde. Diese grundsätzliche Kritik ist: Es wird nicht der Vorrang auf die Vermittlung in den ersten Arbeits-

markt gelegt. Darum ist der Titel des Konzepts irreführend.

Die PDS-Gemeinderätin Ulrike Küstler kritisierte:

– Die Stadt geht von 2.800 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 aus und will für 2.035 eine Maßnahme planen. Rechnet man die jungen Leute ein, die in irgendwelchen Hilfskonstruktionen ihre Warteschleife drehen, müsste eigentlich von rund 5.000 ausgegangen werden. Bürgermeisterin Müller-Trimbusch zieht sich darauf zurück, dass der Stadt nur 2.300 Jugendliche bekannt seien. Das sind aber nur die offiziell arbeitslos gemeldeten. Alle, die im Berufsvorbereitungsjahr, in Praktika oder in Minijobs geparkt sind, werden davon nicht erfasst.

– Für die U25 schreibt das Gesetz vor, dass unverzüglich nach Antragstellung ein Angebot gemacht werden muss. Das ist in Stuttgart immer noch nicht der Fall.

– Das Gesetz sieht weiter vor, dass die Berufsausbildung an erster Stelle für die Leistungen steht. Das Konzept führt die Berufsausbildung in der Liste der Maßnahmen nur an letzter Stelle an. Die Zahl der geplanten Maßnahmen ist viel zu gering.

– Für nachholende Schulabschlüsse sind nur 50 Plätze für den Erwerb des Hauptschulabschlusses vorgesehen. Eine spezielle Beratung, die auch die Möglichkeiten einer weiterführenden Schule in Betracht zieht, ist nicht vorgesehen.

– Die Zahl der Plätze für Sprachausbildung ist ebenfalls viel zu gering.

Küstler forderte die Stadt auf, in allen Bereichen der Stadtverwaltung zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und dabei vorbildlich auf diskriminierungsfreien Zugang zu achten.

In der Verwaltungsausschusssitzung am 26. April beschrieb OB Schuster seine Vorstellung: Millionen Menschen werden nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren können. Statt die alle beiseite zu schieben, sei es besser, sie im zweiten Arbeitsmarkt nützliche Arbeit machen



Der „zweite Arbeitsmarkt“: einer der großen Anbieter ist die „Neue Arbeit“ (im Bild deren Internet-Auftritt) in Regie des kirchlichen Sozialunternehmens Caritas. Neben den kirchlichen Wohlfahrtsunternehmen bewerben sich Vereine, Kultureinrichtungen bis hin zu Wirtschaftsunternehmen um die Zuweisung von Ein-Euro-Jobbern.

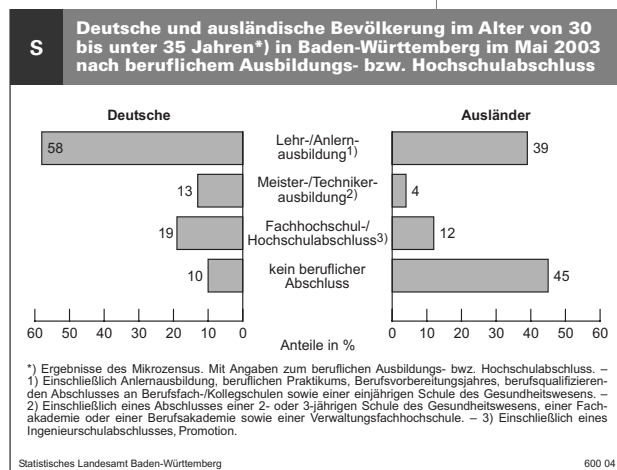
zu lassen, für die sonst kein Geld vorhanden sei. Das erhalte auch das Selbstwertgefühl und die Qualifikation der Betroffenen. Allerdings wird es nicht für alle Nachfragenden solche Jobs geben. Die Skepsis der Grünen ist begründet. Die Dauer der Jobs soll nur sechs bis neun Monate sein. Von der Qualität ganz zu schweigen.

Die PDS-Gemeinderätin Ulrike Küstler verlangte dagegen, auch bei den über 25-Jährigen den Schwerpunkt auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu legen und entsprechend die Eingliederungsmaßnahmen zu gestalten. Die Stadt solle nicht nur 250 Einkomma-fünf-Euro-Jobs anbieten, sondern auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Bei den sog. 1-Euro-Jobs trägt die Stadt die Unterkunftskosten und die 1,5 Euro pro Arbeitsstunde. Der Bund trägt die Pauschale. Bei sozialversicherungspflichtigen Jobs würde die Stadt für ihre Leistungen gute Arbeit bekommen und zusätzlich Einkommensteuer. Für die öffentliche Hand insgesamt wären solche Jobs besser, weil auch Geld in die Sozialkassen fließt. Für die Arbeitenden aber wäre es von allergrößtem Vorteil, weil sie von selbständiger Arbeit leben könnten, statt zu Bedürftigen degradiert zu sein, weil sie in die Rentenkasse einzahlen würden und damit Altersarmut mindern könnten. Darauf wollte in der Diskussion im Verwaltungsausschuss niemand antworten.

35.000 Stellen sind in Stuttgart seit 2002 verloren gegangen. Die Politik muss auch in Stuttgart und Baden-Württemberg ernsthaft nach Lösungen suchen und sich mit der menschenwürdigen Gestaltung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors auseinandersetzen.

Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2004

Bildung, Soziales



Die Daten sind eindeutig und bekannt: Zu viele junge Menschen ohne deutschen Pass bekommen keine Berufsausbildung.

→ geld II organisiert werden.

Es erhielten aber lediglich diejenigen AntragstellerInnen Leistungen, welche ihre Anträge auf diese Hilfe rechtzeitig und mit sämtlichen Anlagen versehen z. B. bei Job Center Stuttgart einreichten.

Diejenigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die z. B. erst am 10. Januar 2005 die letzten, von diesem Job Center geforderten Nachweise vorlegen konnten, bekamen Leistungen erst ab diesem Datum bewilligt, was eine rechtswidrige Verwaltungspraxis darstellt. – Maßgebend ist hier stets das Antragsdatum und nicht der Tag, an dem die letzten, amtlicherseits geforderten Papiere eingereicht werden.

Darüber hinaus war auch hier feststellbar, dass Menschen regelrecht in diese neue Leistung hineingedrängt worden sind, die bereits seit langer Zeit krankheits- oder behinderungsbedingt in keiner Weise mehr der Arbeitsvermittlung zur Verfügung standen. Wer beispielsweise in dieser Situation dem Sozialhilfeträger gegenüber darauf bestand, dass weiterhin Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden, weil ein Antrag auf Arbeitslosengeld II als unbegründet eingestuft wurde, erhielt beispielsweise von der Sachbearbeitung den Hinweis, im ent-

den Besonderheiten bei der Gewährung von Arbeitslosengeld II auf, was aber häufig nur Fachkräfte erkennen konnten, da die ausgestellten Bewilligungsbescheide von den AdressatInnen als unübersichtlich und im Einzelnen einfach nicht nachvollziehbar aufgefasst wurden und werden:

- keine Bewilligung eines Mehrbedarfzuschlags für Alleinerziehung bei anspruchsberechtigten Müttern; nach Erhebung eines Widerspruchs wurde kurz bemerkt, die Berechnung dieser – für die Betroffenen ausgesprochen wichtigen – Leistung wäre einfach „vergessen“ worden;

- bedarfsmindernde Berechnung von Unterhaltsgeld bei Kindern, obwohl der Kindsvater zu keinem Zeitpunkt jemals Unterhalt gewährte und auch kein Anspruch auf Leistungen aus der Unterhaltsvorschusskasse mehr bestand; erst nach Erhebung eines Widerspruchs wurde dieses Vorgehen vom Job Center kommentarlos aufgegeben;

- bei wohnungslosen Menschen wurde immer wieder einfach nicht die volle, einem erwachsenen Haushaltsvorstand zustehende Regelleistung (in den westlichen Bundesländern und Berlin 345 Euro monatlich) zugebilligt, sondern ein „sonstiges Einkommen“ in

monatliche Regelleistung abgedeckt; auch hier war es erst die Intervention bedürftiger Mütter vor dem Sozialgericht, die dazu beitrug, dass eine solche rechtswidrige Verwaltungspraxis nicht mehr weiter umgesetzt wurde;

- bei erwerbsfähigen, alleinerziehenden Studentinnen lehnten es Träger der Grundsicherung sowohl ab, einen Härtefall anzuerkennen und der Mutter (aufstockende) Leistungen des Arbeitslosengeldes II zu gewähren als auch erhielten die Kinder unter Verweis auf die fehlende Anspruchsberechtigung der Mutter keinerlei Sozialgeld bewilligt; es waren auch hier die Sozialgerichte, welche die solchermaßen handelnden Job Center verpflichteten, den Kindern Sozialgeld sowie der Mutter zumindest einen Mehrbedarfzuschlag für Alleinerziehung zu gewähren;

- nach wie vor bereitet – entgegen den dem SGB II regierungsamtlich beigemessenen Einschätzungen – die Frage nach der Beanspruchbarkeit einer einmaligen Leistung in der Praxis größte Schwierigkeiten; wer z. B. sich dem von einem öffentlichen Träger ausgeübten Druck beugt und eine neue, flächendeckend und kostenmäßig günstigere Wohnung anmietet, dort aber seinen bislang benutzten Gasherd mangels einer entsprechenden, in der neuen Unterkunft nicht vorhandenen Versorgungsleistung in keiner Weise mehr betreiben kann, erhält vom Job Center den Hinweis dieser Bedarf würde keine anererkennungsfähige Erstausrüstung mit einem Haushaltsgerät darstellen; wiederum nur über eine sozialgerichtliche Entscheidung war es möglich, diesen solchermaßen agierenden Träger zu einer Leistung zu verpflichten;

- die Frage nach der Beurteilung, ob eine Wohnung unangemessen groß oder teuer ist, stellt sich unvermindert als schwierig dar; dieses Problem wurde noch dadurch verschärft, indem Kommunen häufig die für ihren Bereich ermittelten Mietobergrenzen absenkten,

- entgegen den von Arbeitsgemeinschaften und Job Centern bedürftigen Personen gegebenen Hinweisen kann ein Träger der Grundsicherung eine unangemessen hohe Miete sehr wohl für einen längeren Zeitraum als für nur sechs Monate übernehmen; das Gesetz fasst eine entsprechende Zeitspanne lediglich als einen Orientierungswert auf, von dem aber im besonders begründeten Fall (keine freien Kapazitäten auf dem Wohnungsmarkt, Bestehen einer Behinderung/Pflegebedürftigkeit oder bei einer kinderreichen Familie etc.) durchaus abgewichen werden kann;

- die durch das SGB II vollkommen neu geschaffene Definition der „Bedarfsgemeinschaft“, deren Mitglieder sich gegenseitig zu unterstützen haben, führte darüber hinaus zu schwierigen Auslegungsfragen wie z. B. die Berücksichtigung des Stiefelterneinkommens



sprechenden Fall würden ab dem 1. Januar 2005 keinerlei Hilfen gewährt werden. Die öffentliche Hand realisierte hier sehr wohl, dass die Angst vor einem „Überfordern durch Hartz IV“ als ein System dem der Grundsatz des „Fördern und Fordern“ zugrunde liegt, gerade gesundheitlich angeschlagene Menschen dazu veranlasst, zu dieser neuen Grundsicherung auf Abstand zu gehen. Doch auch hier wirkt die harte, von der öffentlichen Hand beschrittene Linie, betroffene Personen zunächst vollkommen neu zu erfassen und erst danach z. B. Fragen der Erwerbsfähigkeit eingehend zu erörtern.

„Pannen“ bei der Bewilligung von Leistungen

Es fielen im Übrigen die nun folgen-

Höhe von ca. 30 Euro pro Monat, resultierend aus einem angeblich nicht bestehenden Bedarf an Haushaltsenergie, bedarfsmindernd angerechnet; erst nach einer Anrufung der Sozialgerichte lenkten die ein solches Verfahren umsetzenden Träger der Grundsicherung ein und gewährten ungeschmälernte Hilfen;

- werdenden Müttern gewährten die Träger der Grundsicherung häufig lediglich gesonderte Leistung zur Anschaffung von Oberbekleidung für Mutter und Kind, nicht aber für einen Kinderwagen, ein Kinderbett, einen Hochstuhl und andere notwendige Einrichtungsgegenstände, die Job Center stellten sich hier auf den Standpunkt, der Bedarf an solchen Sachen sei durch die



wie auch von minderjährigen, unverheirateten Kindern, welche nicht hilfebedürftig sind; eine hier in keiner Weise näher differenzierende Verwaltungspraxis wird ebenfalls nur in Fällen korrigiert, wo Betroffene Widerspruch erheben und das zuständige Sozialgericht anrufen;

- bei denjenigen Hilfebedürftigen, welche einer Erwerbstätigkeit nachgehen, das hier erzielte Entgelt aber zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreicht, sorgte die ausgesprochen schwierige Freibetragsregelung des § 30 SGB II dazu, dass öffentliche Träger kaum Absetzungen im vorgesehenen Ausmaß anerkannten, zumal die hier bestehende Rechtsverordnung ebenfalls nicht selten keine umfassende Anwendung erfährt.

Der vorab zuletzt aufgelistete Punkt veranlasste zwischenzeitlich das zuständige Ressortministerium dazu, Änderung im Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorzubereiten.

Bilanz

Die Bilanz der ersten „100 Tage Hartz IV“ besteht darin, dass bedürftige Menschen in jedem Fall um ihr „gutes Recht“ auf Gewährung existenzsichernder Leistungen kämpfen müssen. Die Tatsache, dass sich unter dieser Klientel nicht selten auch Personen befinden, die hiermit in jeder Beziehung überfordert sind, lässt hier kritische Fragen nach der Verantwortung für diese Situation entstehen. Die hohe Fehlerquote bei nach dem SGB II erstellten Leistungsbescheiden ist sämtlichen Beteiligten wohl bekannt.

Die Tatsache, dass bislang kaum Kürzungen des Arbeitslosengeldes II wegen einer Leistungsberechtigten vorgeworfenen Arbeitsverweigerung ausgesprochen wurden, weil Arbeitsgelegenheiten längst nicht im ausreichenden Anzahl eingerichtet worden sind, ist zwar als positiv aufzufassen. Doch hier handelt es sich wohl nur um eine Frage der Zeit, bis Maßnahmen, die eigentlich eine Hilfe zur beruflichen Eingliederung darstellen sollen, von öffentlichen Trägern dazu benutzt werden, mittellose Menschen nur noch mehr zu sanktionieren. – Eine solchen Entwicklung muss ebenfalls mit Widerstand begegnet werden, wo immer dies geboten ist.

Keine Lust auf Brandenburg. SPREMBERG/PUTLITZ. Die Bewohner der 26.000-Einwohner-Stadt Spremberg in der Lausitz denken darüber nach, von Brandenburg nach Sachsen überzuwechseln. Der Spremberger CDU-Bürgermeister Klaus-Peter Schulze hat sich nach eigenen Angaben schon mal erkundigt, wie ein solcher Übertritt vollzogen werden könnte. „Wir müssen eine Bürgerbefragung machen und dann muss der Landtag einem entsprechenden Staatsvertrag mit Zweidrittelmehrheit zustimmen“, sagte Schulze am 6.5. der Berliner Zeitung. Die Menschen seien verärgert über die Neuausrichtung der Förderpolitik des Landes, die sich künftig stärker auf den Speckgürtel konzentriert. Er selbst sei „in Rage“ über die veränderte Landesplanung, die Spremberg den Status als regionales Mittelzentrum gestrichen hat. Der Bürgermeister der Stadt im äußersten Süden Brandenburgs verwies darauf, dass sächsische Nachbarkommunen deutlich weniger Umlagen an das Land bezahlen müssten. „Wir zahlen heute 285 Euro je Einwohner, im sächsischen Weißwasser sind es dagegen nur 140 Euro.“

Auch in der strukturschwachen Prignitz prüfen Lokalpolitiker einen Übertritt ins nahe Mecklenburg. so etwa im 3.000-Einwohner-Städtchen Putlitz. Bürgermeister Bernd Dannemann ist erobert, dass der Ort künftig vom Land nicht mehr als Grundzentrum ausgewiesen werden soll. Damit sei ein Verlust von etwa 170.000 Euro verbunden, heißt es im Rathaus. Bibliothek und Jugendclub stünden vor dem Aus. Nun will Putlitz die Modalitäten für einen Beitritt ins Nachbarland klären. Quelle: Berliner Zeitung www.infortot.de

Sieben-Jahresprogramm zur Förderung kommunaler Partnerschaften.

BERLIN. Mit 102,55 Mio. Euro will die EU-Kommission in den Jahren 2007 bis 2013 die kommunalen Partnerschaften in der EU fördern. Dies ist einem Vorschlag für ein Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft zu entnehmen, das die EU-Kommission am 6.04.2005 vorlegte.

Zu den wichtigsten Neuerungen des Aktionsprogramms gehören: die Förderung mehrjähriger Projekte, die Einschaltung von sog. Exekutivagenturen zur Verwaltung des Programms und eine Vereinfachung der Modalitäten. In Zukunft sollen auch mehrjährige auf vereinbarten Zielen beruhende Aktivitäten im Rahmen der kommunalen Partnerschaften gefördert werden, die einen gezielten Ansatz verfolgen und eine Reihe von Aktivitäten (Bürgerbegegnungen, Konferenzen, Seminare) umfassen. www.rgre.de

Staatsregierung wälzt Hartz-IV-Kosten auf Kommune ab.

AUGSBURG. Bislang zahlt der Bezirk die Mietkosten der rund 30 Prozent Ausländer unter den Hartz-IV-Empfängern in Augsburg. Ab 2006 sollen nach Plänen der bayerischen Staatsregierung auch dafür die Städte aufkommen. Tritt das ein, sieht der Augsburger Sozialreferent Hummel eine Kostenlawine auf Augsburg zurollen: „Im schlimmsten Fall müssen wir sogar mit einem Minus von über zehn Millionen Euro rechnen.“ (11.5.05)

www.augsburger-allgemeine.de

„Unrecht“ der „Vertreibung“? MÜNCHEN. Die PDS offene Liste im Stadtrat hat in einer 16-seitigen Broschüre eine Anfrage im Stadtrat und deren Hintergründe dokumentiert. Nachdem der Stadtrat bei einer Resolution gegen Kundgebungen und Versammlungen von rechtsextremen Gruppierungen u.a. die Formulierung „Unrecht der Vertreibung“ gebrauchte, gingen bei der PDS mehrere Schreiben ein, die diese Resolution kritisierten und Besorgnis formulierten. Daraufhin erstellte die PDS die 16-seitige Dokumentation, um eine ausführliche Debatte zu ermöglichen. Inhalt: Zum Ablauf der Ereignisse. Offener Brief des AstA der Uni München. Reaktionen der Presse. Von „deutschem Recht“ und dem „Unrecht der Vertreibung“. Bomben auf Städte. Rede von Václav Havel: Tschechen und Deutsche auf dem Weg zu einer guten Nachbarschaft. Schröder: Vermögensansprüche ohne Rechtsgrundlage. www.pds-muenchen-stadtrat.de

Kommunalwahl Hessen 2006, Streit um Wahlausschuss.

FRANKFURT/MAIN. Nach dem Hessischen Kommunalwahlgesetz beruft Oberbürgermeisterin Roth als Wahlleiterin (§ 5 Abs. 1) sechs Wahlberechtigte in den Wahlausschuss. Gegen die Absicht, die Opposition im Römerparlament herauszuhalten, protestieren die Fraktionsvorsitzenden Gisela Becker der Fraktionen der Flughafenausbaugesner (FAG), Heiner Halberstadt (PDS) und Luigi Brillante der Europa-Liste (EL) in einer gemeinsamen Erklärung: „Es gibt keinen sachlichen Grund, bei der Besetzung des Wahlausschusses ausschließlich die im Landtag und nicht die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien zu berücksichtigen. Wir fordern das Wahlamt und die Oberbürgermeisterin Roth auf, dieses undemokratische Verfahren zu überdenken. Die Wählerinnen und Wähler werden ganz genau registrieren, wie in unserer Stadt mit der Opposition und Demokratie umgegangen wird.“

www.kommunelinks.de
Zusammenstellung: baf

Tarifrunde mit den Ländern

Protestaktionen im Öffentlichen Dienst der Länder gehen weiter

BERLIN, 10. MAI 2005 Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di setzt im Tarifkonflikt mit den Ländern ihre Protestaktion fort. In Rheinland-Pfalz und Bayern legten am Dienstag mehrere hundert Landesbedienstete zeitweilig ihre Arbeit nieder. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern rief ver.di für den 11. Mai zu Warnstreiks auf. Auch in Sachsen sind noch vor Pfingsten Protestaktionen geplant.

Die Gewerkschaft will mit ihren Aktionen eine Übernahme des bereits mit Bund und Kommunen abgeschlossenen Tarifvertrags erreichen. Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) waren vor kurzem gescheitert. Hauptstreitpunkt ist die Absicht der Länder, die Arbeitszeiten zu verlängern.

Zehntausende Beschäftigte machen mit Warnstreiks bundesweit Druck auf die Länder

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen für die 900.000 Beschäftigten der Länder hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft seit dem 26. April 2005 ihre Warnstreiks fortgesetzt:

Nordrhein-Westfalen: Weit mehr als tausend Beschäftigte nehmen an Warnstreiks in Aachen, Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Duisburg und Hagen teil.

Düsseldorf: Rund 300 Angestellte des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik ziehen am Mittwoch als „Kuriere zu den Landesfürsten“, um bei den Staatssekretären in den Ministerien und der Staatskanzlei für die Unterstützung ihres Arbeitskampfes zu werben. Am Dienstag waren rund 400 Landesbeschäftigte vor das Finanzministerium gezogen.

Hagen: Rund 300 Landesbedienstete, darunter viele Beschäftigte der Fern-Universität, geben am 28. April ihr „letztes Hemd“ für die „armen“ Arbeitgeber.

Baden-Württemberg: Sehr beeindruckt vom bisherigen Verlauf der Proteste und Streiks im Länderbereich zeigte sich heute (12. Mai) in einer Zwischenbilanz die Gewerkschaft ver.di. Es gehöre eine Menge Mut und Stehvermögen dazu, in oft kleinen Dienststellen die Arbeit nieder zu legen und damit von einem demokratischen Grundrecht Gebrauch zu machen, so Alfred Wohlfart, für den Öffentlichen Dienst zuständiger stellvertretender Landesleiter von ver.di.

Dies taten gestern z.B. 75 Beschäftigte (und damit vielmehr als erwartet) der Stuttgarter Wilhelma (Zoo und Botani-

scher Garten) sowie – von Notdiensten abgesehen – die kompletten Belegschaften der Autobahnmeistereien in Wangen und Tauberbischofsheim, letztere gleich mit einem ganztägigen Streik. Heute haben sich, ebenfalls ganztägig, die Autobahnmeistereien in Freiburg und Effringen-Kirchen angeschlossen.

Morgen, am letzten Streiktag dieser Woche, wird zusätzlich zu den bisherigen Arbeitskampfplanungen auch die Arbeit in der Autobahnmeisterei Mannheim zum Erliegen kommen. In Emmendingen ruft ver.di für den Freitag Vormittag mit der GEW zu einem befristeten Streik in der Heimsonderschule auf – der erste Streik in der Geschichte dieser Einrichtung.

Auf Ungewohntes werden sich morgen die Besucher des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe einstellen müssen. Wegen eines ganztägigen Streiks ist bereits die morgige Probe für Wilhelm Tell abgesagt. Da u.a. auch in der Requisite und der Schuhmacherei die Arbeit ruht, ist noch unklar, ob Tell in Turnschuhen auftreten wird und woher die Theaterleitung das entscheidende Stück Obst für Tells Schuss besorgen wird.

Ermutigt durch den Verlauf der Aktionen in dieser Woche hat ver.di bereits die nächste Streikphase im Länderbereich für Ende Juni angekündigt.

„Landesregierungen – übernimmt das neue Tarifrecht!“ – diese klare Botschaft entnahm in Hannover der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske nicht zuletzt den Pressestimmen, die auf den Tarifabschluss von Potsdam folgten.

Öffentlicher Nahverkehr

Vertrauensleute lehnen Tarifabschluss ab!

STUTTGART. Der ver.di-Vertrauensleutkörper bei den Stuttgarter Strassenbahnen (SSB) hat sich mehrfach kritisch mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auseinandergesetzt. Im Ergebnis werden sowohl die Verhandlungsführung als auch der Abschluss selbst abgelehnt!

Während der Verhandlungen entstand beim Vertrauensleutkörper (VLK) mehr und mehr der Eindruck, dass mit aller Gewalt von der ver.di-Spitze ein Abschluss erzwungen werden soll. Bereits bei der Aufstellung der Forderung wurden verbindliche Vorgaben zu einem Zeitpunkt gemacht, an dem die Diskussion an der Basis noch gar nicht abgeschlossen war. Da die Tarifverträge nicht gekündigt waren, war die Verhandlungsposition jedoch denkbar schlecht.

Das Ergebnis ist daher entsprechend.

Die Kritik konzentriert sich überwiegend auf folgende Punkte:

Auch wenn es bei den Überleitungen wahrscheinlich einige Verbesserungen für „Altbeschäftigte“ gibt, liegt die neue Tabelle (bei gleicher Struktur) für Neueinstellungen überwiegend – z. T. deutlich – unter den Tabellen der bereits abgeschlossenen Spartentarifverträgen TV-N (Nahverkehr) und TV-V (Ver- und Entsorgung). Dies wird in Zukunft weiteren Absenkungsdruck für die Beschäftigten mit sich bringen.

Da es nur Einmalzahlungen statt prozentualer Erhöhung gibt, werden die Verhandlungen für 2008 aus einer schwächeren Position heraus geführt, die quasi einen dauerhaften Rückstand gegenüber den Lebenshaltungskosten von 5 bis 6% mindestens mit sich bringen.

Obwohl die Einmalzahlungen im Bereich des TV-N etwas höher ausfielen, fühlen sich die KollegInnen doppelt bestraft, da sie für den übrigen öffentlichen Dienst noch einmal mit „bluten“ müssen.

Bei den separaten Lohnverhandlungen stand zu Beginn ein Beschluss, dass prozentuale Erhöhungen gefordert werden. Die Art und Weise des „Umfallen“ des größten Teils der Verhandlungskommission gleich am Beginn der Verhandlungen legt für den VLK die Vermutung nahe, dass es auch hier „Spitzen“-Einflussnahme gegen den erklärten Basiswillen gegeben hat.

Nun wird dem VLK gegenüber argumentiert, dass es bundesweit keine ausreichende Kampfkraft für ein besseres Ergebnis gegeben hätte. Dies ist nicht nachprüfbar, da wie oben angeführt, Arbeitskampfmaßnahmen wegen der ungekündigten Verträge gar nicht möglich waren. Der VLK hätte die KollegInnen der SSB bei einer entsprechenden Forderung für kampfbereit eingeschätzt.

Als Konsequenz jedenfalls aus dem wiederholten Versagen der ver.di-Spitze in den Tarifverhandlungen hat der VLK jedenfalls einmütig eine Entschließung gefasst, in der volle Eigenständigkeit bei den Tarifverhandlungen für den ÖPNV gefordert wird, möglichst bezogen auf die Bundesländer. Der Bezirks- und der Landesbezirksfachbereich Nahverkehr haben sich dieser Forderung zwischenzeitlich einstimmig bzw. einmütig angeschlossen.

Diese Diskussion wird im Nahverkehr mittlerweile bundesweit geführt, auch in Betrieben, die den Abschluss mehr oder weniger zähneknirschend akzeptiert haben.

Der VLK der SSB ist jedenfalls zuversichtlich, in der Zukunft bei eigenständigen Tarifverhandlungen für den Nahverkehr mit von der Basis beschlossenen und getragenen Forderungen bessere Ergebnisse erzielen zu können, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

(Kommunale Berichte Stuttgart, LSD)



Über 400 Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Ersatzkassen (u.a. DAK, Barmer, Hamburg-Münchener, Hanseatische) beteiligten sich am 3. Mai an Warnstreiks. (Bild: Demonstration von der DAK zur Barmer Ersatzkasse in Hamburg-Hammerbrook). In der Bundesrepublik streikten am 3. Mai insgesamt ca. 5000 Angestellte, um die Angriffe auf den Tarifvertrag abzuwehren. In der Nacht zum 4. Mai wurden die in Hamburg stattfindenden Tarifverhandlungen abgeschlossen: – Die Verschlechterungen im Manteltarif konnten verhindert werden. – Die Beschäftigten der Ersatzkassen erhalten eine Beschäftigungsgarantie bis zum 31.12.2007 (was bei der anhaltenden Personalabbau-Diskussion nicht wenig ist.) – Dafür fällt die Gehaltserhöhung mit einer Einmalzahlung von 200 Euro sowie einer Erhöhung der Tarifgehälter um 1,1 % ab dem 1.12.2005 mager aus. Die Beteiligten bewerten das Ergebnis insgesamt positiv. Ohne die Streiks wäre es nicht gelungen, die Absenkung verschiedener Tarifleistungen zu verhindern. (res)

IG Metall sieht in der Stahl-Einigung ein überdurchschnittliches Ergebnis und einen Erfolg gegen den Shareholder-Kapitalismus

FRANKFURT/MAIN. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, hat die Einigung in den Tarifgesprächen für die westdeutsche Stahlindustrie als „überdurchschnittlich gutes Ergebnis“ bewertet, das die Beschäftigten an der guten wirtschaftlichen Situation in der Stahlindustrie beteiligt. „Es ist gelungen, den Rückstand der Entgelte gegenüber der Metall- und Elektroindustrie deutlich zu verringern“, sagte Peters am Mittwoch in Frankfurt. „Die Jahre des Verzichts sind vorbei.“

Voraussetzung für dieses gute Ergebnis seien die breite Beteiligung der Beschäftigten an den vorherigen Warnstreiks und der Beschluss der IG Metall gewesen, die Urabstimmung über einen Streik einzuleiten. Peters: „Die Entschlossenheit der Beschäftigten, ihre Forderung in letzter Konsequenz über einen Arbeitskampf zu vertreten, hat Wirkung gezeigt.“

Als Erfolg gegenüber dem Shareholder-Value-Kapitalismus bezeichnete der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, die Einigung, die am frühen Mittwochmorgen erzielt worden war. „Es ist ein guter Abschluss, der dem günstigen konjunkturellen Umfeld der Branche entspricht und deutlich über der Preissteigerungsrate liegt“, sagte

Huber. Zudem sei es gelungen, durch die prozentuale Anhebung eine nachhaltige Steigerung der Einkommen sicher zu stellen. Zwei Faktoren hätten zu dem Abschluss wesentlich beigetragen, sagte Huber: „Die Entschlossenheit der Stahlbeschäftigten und die Einheit der gesamten IG Metall.“ Auch die Solidaritätserklärung der sieben Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden der Automobilhersteller, die am Dienstag ihre Unterstützung für die Stahlbeschäftigten bekundet hatten, habe ein deutliches Signal gesetzt.

Die 85 000 Beschäftigten der westdeutschen Stahlindustrie sollen ab 1. September 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten erhalten. Für die Zeit von April bis August wurde eine Einmalzahlung von 500 Euro vereinbart. Den Auszubildenden werden einmalig 100 Euro gezahlt. Dem Gesprächsergebnis muss die Tariff Kommission der IG Metall zustimmen, die an diesem Donnerstag zusammentritt.

Pressedienst, 11. Mai 2005 Nr. 39/2005

Eine ausführlichere Wertung des Tarifabschlusses und seiner Auswirkungen werden wir in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte veröffentlichen.

Konzern-Vorstandsvorsitzende mahnen zu Sachlichkeit. – HB, Frei./Sa., 6./7.2005 Die Spitzenmanager deutscher Konzerne weisen die Kritik des SPD-Vorsitzenden F. Münterfering an Unternehmen und Finanzinvestoren als „diffamierend“ zurück. Sie mahnen jedoch zu sachlicher Auseinandersetzung. „Niemand wird ernsthaft wollen, dass wir uns als eine vom Weltmarkt extrem abhängige Exportnation aus der offenen Weltwirtschaft verabschieden“, so F. Fehrenbach von der Fa. Bosch. G. Kulenkampff, Partner bei dem Finanzinvestor Terra Firma Deutschland, sprach von „großem Unverständnis und Kopfschütteln im Ausland“. Die Kapitalismusdebatte, vor allem der Angriff auf Private-Equity-Firmen, seien inzwischen Thema auf internationalen Tagungen, berichten Manager.

Handwerk fürchtet osteuropäische Konkurrenz. – HB, Do., 11.5.2005. Der Präsident der nordrhein-westfälischen Handwerkskammer, W. Schulhoff, klagt darüber, dass die Neueintragungen in die Handwerksrolle in den zulassungsfreien Handwerken im Jahr 2004 um 550 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben. Zwei Drittel entfallen auf Fliesenleger, 30% stammten aus dem Ausland, die meisten aus Polen. Ein „Gutteil der osteuropäischen Betriebsinhaber“ nutze das seit 2004 liberalisierte Handwerksrecht, um einer „scheinselfständigen Existenz in einer Billig-Baukolonne nachzugehen“. Die Folge sei, dass auskömmliche Preise für ansässige Betriebe mit einheimischen Beschäftigten und Ausbildungskosten „kaum mehr zu erzielen“ seien. Mit der Novelle der Handwerksordnung seien den Handwerkskammern in 53 früheren Meisterberufen alle Kriterien für eine Prüfung von Zulassungsvoraussetzungen genommen worden. Nun soll der Druck auf Scheinselbstständige erhöht werden.

Arbeitgeberverbände in heller Aufregung über Stahl-Tarifabschluss. – HB, Do., 12.5.2005. Gesamtmetall und BDA kritisieren das Ergebnis von 3,5 % plus Einmalzahlung als deutlich zu hoch. M. Kannegiesser, Gesamtmetall-Vorsitzender, sagte, dies sei kein Maßstab für die Metall- und Elektroindustrie für deren Lohnrunde im Jahr 2006. Die Stahlindustrie profitiere von einer außergewöhnlichen Sonderkonjunktur, während die Metallindustrie unter hohem Wettbewerbs- und Kostendruck stehe. Auch D. Hundt, BDA-Präsident, warnt davor, den Anschluss auf andere Branchen übertragen zu wollen. Dies gelte erst recht für die diesjährigen Verhandlungen in der Druckindustrie, dem Handel und der Chemischen Industrie. Er kritisierte den „von der IG Metall durch massive Streikandrohungen erpressten Tarifabschluss“. Presseauswertung: rst

Ratzingers Amt

Die Papstwahl und ihr überraschendes Ergebnis hat weiß Gott schon genug Papier verdorben, die Hälfte der Werbefläche mag das regierende Haus der Grimaldis zu Monaco eingebüßt haben, ein weiteres Drittel der Windsors, alles Themen, die eine politische Zeitschrift nur ganz am Rande interessieren. Neben dem Rummel, der gerade im Medienzeitalter entsteht, wenn sich auf der Bühne die Besetzung einer Rolle ändert, bleiben politisch spannende Fragen, nämlich welche Rolle diese Rolle spielt und wie sie von dem neuen Spieler interpretiert wird.

Wie jeder Verein, der auf freiwilliger Mitgliedschaft beruht, muss auch die katholische Kirche gesellschaftliche Bedeutung und Einfluss herausstreichen. Da kann man gar nicht dick genug auftragen. „Bush ist Präsident von Ratzingers Gnaden“, ist die Schlagzeile eines Artikels von Jack Miles, dessen Übersetzung aus dem Englischen die FAZ ihrer Leserschaft am 25.4. d.J. zur Kenntnis bringt. Darin wird ausgeführt, dass Ratzinger in seiner Funktion als Präfekt der Glaubenskongregation im Vorfeld der Wahlen an die US-Bischöfe einen Brief geschrieben habe, in dem er sie aufforderte, jedem katholischen Kandidaten, der nicht für ein Abtreibungsverbot einträte, die Kommunion zu versagen. Auf diese Weise sei der katholische, aber liberale Kerry von dem konservativen Katholiken bloßgestellt worden. In diesem Brief soll es weiter heißen haben: „Nicht alle moralischen Fragen haben das gleiche Gewicht wie Abtreibung oder Euthanasie“, und: „Bei den Themen Krieg oder Todesstrafe mag es selbst unter Katholiken legitime Meinungsverschiedenheiten geben“, nicht aber „bei den Themen Abtreibung und Euthanasie“. Zu dieser Zeit führte der damalige Papst eine aktuelle Kritik an dem Angriff auf Irak und eine prinzipielle Kritik an der Todesstrafe, diese Meinungen, die in den USA als kritische Einwände gegen die US-Regierung hätten wirken können, wurden durch die Aktion der Kommunionverweigerung an Kerry mehr als aufgewogen. Tatsächlich gibt es viele Meinungsfragen, die belegen, dass der konservative Teil der US-Katholiken Bush wählte und nicht ihren Glaubensbruder Kerry. Ob es nun Ratzingers Brief war, der das bewirkte, kann niemand wissen, sicher ist aber, dass diese Intervention mit dem Ziel stattfand, das Wahlergebnis auf diese Art zu beeinflussen. Und das ist schon was. Wichtig ist auch, dass die Intervention nicht bloß auf dem Wege des Argumentes vorange-

tragen wurde, ja nicht einmal „nur“ unter Berufung auf das Lehr- und Hirtenamt, sondern in Verbindung mit einer Strafe und einer gezielten Bloßstellung des Gemeinten als böse verstockt. Es ist wahr, dass diese Aktion in der Amtszeit Woytilas ablief, es war aber Ratzinger, der die Feder führte.

Die Frage, die es dem heutigen Papst wert war, in einen Wahlkampf sich hineinmischen, ist doppelbödig. In der Zeit der politischen Sozialisation Ratzingers war die katholische Kirche eine demokratieskeptische bis demokratiefeindliche Einrichtung, die im Kampf gegen den Sozialismus zum Pakt mit der finsternen Reaktion bereit war. Auch die Haltung gegenüber dem Judentum war feindselig. Trotzdem zog die katholische Kirche eine Grenze zum Hitlerfaschismus, der sich anmaßte, über den „Wert“ bzw. „Unwert“ des Lebens Behinderter zu entscheiden und in Konsequenz des Rassegedankens zu Zwangssterilisation und -abtreibungsschritt. An diesem Punkt erwies sich die katholische Kirche als Verteidigerin der Menschenwürde. Sie führte ihre Kritik verhältnismäßig offen. Für den Seminarszögling und Hiterjungen Ratzinger mag dies markante Auftreten der Kirche eine entscheidende Möglichkeit gewesen sein, sich dem Einfluss der Nazis zu entziehen. Bei den heutigen Meinungsverschiedenheiten zwischen der emanzipierten Öffentlichkeit und katholischem Konservatismus geht es aber um eine ganz andere Frage. Es geht genau nicht darum, den Staat zur Ausmerzung lebensunwerten Lebens oder zur Erteilung bzw. Verbot von Fortpflanzungserlaubnis zu bevollmächtigen.

Es geht abstrakt formuliert erstens um die Frage, bei wem die Kontrolle über Zustandkommen und Verlauf der Schwangerschaft liegen soll, welche Regelung die beste Gewähr zur Wahrung der Menschenwürde bietet. Die moderne Antwort, dass die Entscheidung bei den Frauen liegen muss, bedeutet eine Machtverschiebung im Verhältnis der Geschlechter und im Verhältnis der Person zum Staat. Eine Tendenz zum leichtfertigen Umgang mit entstehendem Leben hat diese Entwicklung nicht hervorgerufen.

Unzulässig ist zweitens die Verknüpfung der Straffreiheit von Abtreibung nach der Entscheidung der schwangeren Frau mit dem Komplex Euthanasie, d.h. dem staatlichen Mord an behinderten Menschen, die leben wollen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Fragen, die in den USA bereits zu schärfsten Auseinandersetzungen führen, mit neuer Wucht in das alte Europa zurückkehren. Welche Rolle wird dann die Kirche spielen? Wird sie sich darauf konzentrieren, für eine Kultur des Lebens zu werben? Oder wird sie sich auf den unheilvollen Abweg der Entmündigung des Individuums, der

Eingrenzung seines Entscheidungsraumes und seiner Überantwortung an den strafenden Staat begeben? Die katholische Kirche hat in dieser Frage die Wahl. Ratzinger indessen hat schon gewählt. Er hat Zweifel an den Staatsvollmachten, Krieg zu führen und zu töten, aber er ist im Zweifel für den Staat, jedenfalls bis jetzt.

Der Primat

Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt's einen, der die Sachen regelt – und das, liebe Freunde, bin ich. Mit dieser unvergesslich platten Fassung des Primatsgedankens setzte sich Guido Westwelle 2001 an die Spitze der FDP. In der sozialen Welt der Organisationen und ihrer Leitungen steht das Papstamt keineswegs einzigartig da. Auch Franz Müntefering zog, zum SPD-Vorsitzenden gewählt, einen Vergleich seines Amtes mit dem des Papstes. Ungleich kritischer denkt der damals frischgebackene Erzbischof von München und Freising Ende der siebziger Jahre über die Frage des Primats des Bischofs von Rom, d.h. über den Vorrang der Kirchenlehr- und -rechtsentscheidungen des Papstes. Seit dem Verschwinden der Monarchie fehlte die dem Papstamt zugrunde liegende Idee des Primats in unseren allgemeinen Denkvoraussetzungen. Mit dieser kühlen Bemerkung leitet Ratzinger einen Vortrag zur Frage des Primats des Bischofs von Rom ein, den die FAZ in ihrer Ausgabe vom 22.4.2005 vorstellt.

Für die der Primatsidee entgegengesetzte Vorstellung der Kollegialität spreche, dass die Wir-Struktur zum Christlichen überhaupt gehöre. Der Glaubende stehe als solcher nie allein: Gläubigwerden heiße aus der Isolation heraustreten in das Wir der Kinder Gottes. Initiation ins Christliche sei daher immer auch Sozialisation in die Gemeinde der Gläubigen hinein. Als tiefster Grund für diesen Wir-Charakter des Christlichen zeige sich der Gott, den das christliche Credo bekenne in der Formel Ich-Du-Wir (Vater, Sohn, hl. Geist).

Ratzinger fragt sich sogar, ob die Primatsidee aus einer Ketzerei hervorgehe, die in der frühchristlichen Zeit verbreitet war. Arius sieht den hl. Geist und den Gottessohn dem Vater nachgeordnet. Diese Denkfigur war bei den früheren christlichen Kaisern sehr geschätzt, schreibt sie doch dem Imperator/Vater gegenüber den Repräsentanten von Recht/Religion und eine Vormachtstellung zu und sichert darüber hinaus den Vater/Kaiser vor den immer gegenwärtigen Machtansprüchen der lauernden Nachfolger Legitimität.

Die frühe Kirche hat diese Theologie verworfen, modern ausgedrückt markiert sie mit der Dreifaltigkeitslehre die überpersonale Personalität eines Systems.

Ratzinger führt auch die Meinung des Kirchenvaters Augustinus an, dass der Fels, auf dem die Kirche ruhe, nicht irgendein Mensch Petrus sei, sondern der grundfeste Glaube der Gemeinde.

Das wären dann ja wohl alle Argumente, die zu der Meinung führen, dass Papstamt, Unfehlbarkeit, Primat usw. eine abgelebte Sache wäre, die mit der monarchischen Idee verschwinden sollte. Ratzingers Ziel war aber keineswegs, das Amt zu delegitimieren, er versuchte damals viel mehr, es neu, unter den allgemeinen Denkvoraussetzungen der Moderne, zu begründen.

Zu diesem Ziel wird mit dem Prinzip der Verantwortlichkeit argumentiert. Verantwortlichkeit ist Sache der namhaft gemachten Person. Bis zum Letzten für eine Wahrheit eintreten heiße, Zeugnis unter Einsatz des eigenen Lebens ablegen. Sterben könne man aber nur persönlich. Die namentlich bezeichnete Person kann also etwas leisten, das ein

Kollegium nicht leisten kann. Aus diesem Grund verehere die Kirche die Märtyrer. So habe der Apostel Petrus in Rom Zeugnis abgelegt (Petrus wollte der Überlieferung nach Rom viel lieber verlassen, blieb aber dann doch, um im damals der neuen Richtung feindlichen Zentrum der Welt die Kirche zu gründen, und fiel einer Christenverfolgung zum Opfer).

Wegen der Personalität des Glaubens könne die Verantwortung für das Kirchenganze nicht anders dargestellt werden als durch persönlich-namentliche Zeugenschaft, die Grundfeste der Kirche bestünde danach weder im Herausragen eines spezifischen Individuums als Hirt der Herde noch in der Gesamtheit der glaubenden Gemeinde, sondern in den namentlich fassbaren Einzelnen, die die Glaubensgemeinschaft bilden, weil diese Einzelnen das Fundament bilden, kann ihre Einheit im Glauben ebenfalls nur durch Einen repräsentiert werden. – Es ist klar, dass diese Argumentation sich zwar zur Begründung eines Vorrangs des Papstamtes eignet, aber gleichzeitig allen Verantwortlichkeit zuschreibt und ihnen damit Platz macht in einer demokratisch organisierten Welt; der Hang des Katholizismus zu autoritären politischen Formen wird auf diese Weise strukturell und damit wirkungsvoll angegriffen.

Eine ebenso große Modernisierungsleistung erbringt Ratzinger in derselben Schrift anlässlich der Erörterung der politischen-organisatorischen Konse-

quenzen jener Annahme. Er fragt nach dem Verhältnis von Kirche und Staat. In Ratzingers Worten:

„Dies aber bedeutet, dass entweder ... dem Staat die irdische Alleinmacht (und Allmacht) zugesprochen wird, oder aber



dass ... das Papsttum als das ohnmächtige Gegenüber zur weltlichen Macht aufgerichtet wird: letzteres gilt auch dann, wenn geschichtlich immer wieder daraus der Versuch erwuchs, die Ohnmacht dieser zweiten ‚Macht‘ doch auch in weltliche Macht zu kleiden, womit sie gerade in ihrem eigentlichen verdeckt und gefährdet, aber nicht aufgehoben werden könnte.“

Die „Ohnmacht“, von der hier die Rede ist, stellt das frei gewählte Bekenntnis in einen funktionalen Gegensatz zu staatlich-gesetzlichem Handeln, das „Macht“ ist. Hier heißt es aber auf das Kleingedruckte, das im Nebensatz versteckte achten. „Geschichtlich“ sei die Tendenz, die „Ohnmacht“ des Glaubens in reale Macht zu kleiden, damit werde das Bekenntnis zwar „verdeckt und gefährdet“, aber „nicht aufgehoben“. Mit diesem Nebensatz wird einem politischen Interventionismus des Papsttums und der Kirchenorganisation ein Nebeneingang geöffnet.

Wenn wir die katholische Kirche als eine weltanschauliche Organisation auffassen, die nicht nur Zielsetzungen in ihrem Innenleben verfolgt, sondern auch Ausstrahlung auf die ganze umgebende Welt hat, können wir vermerken, dass Ratzinger es geschafft hat, die monarchisch verstaubte Idee des „Primats“ in die Moderne zu befördern, als Brücke diente ihm die Vorstellung des namentlich verantwortlichen Menschen, der sich selbst durch seine Verantwortung vor Gott bestimmt. Das ist

eine Konstruktion, die sich mit einer Gesellschaftsorganisation im Sinne von Emanzipation, Selbstbestimmung und Demokratie zunächst einmal nicht beifügen muss.

Warum haben dann so viele aktive Christen die Wahl Ratzingers gefürchtet? Das hängt mit den Halbheiten und dem Hang zum administrativen Zwang zusammen.

Halb ist seine Begründung des Papstamts, weil aus der Konstruktion ohnmächtiger Gegenmacht keineswegs z.B. die Unfehlbarkeit und die disziplinarische Allmacht folgt, sondern eher Abbau von Hierarchien und „Führung“ durch „Vorbild“.

Halb ist seine Kritik an einer Kultur des Todes, wenn sie Krieg und Todesstrafe relativiert.

Unterhalb ist seine Auffassung von Priesteramt, Frauenordination.

Völlig unklar ist letztlich, wie die Entmündigung der Gemeinde begründet werden soll, denn wenn man schon die kollegiale Willensbildung der Kardinäle blumig als Wirken eines heiligen Geistes umschreibt, ist nicht klar, wieso dieses Gremium nicht durch ein Delegationsprinzip der Kirchenmitglieder zusammenkommen darf, sondern auf dem Wege der Selbstrekutierung ausgehoben werden muss.

Mit Ratzinger haben die Kardinäle einen Mann gewählt, der sich an die Zeit des Zweiten Weltkriegs nicht nur erinnert, sondern in diesem Krieg als Hitlerjunge und Flakhelfer gezwungen worden ist, Waffen zu führen.

Ratzinger gehört damit einer Generation an, die sonst im politischen Geschäft kaum noch aktiv ist, das Wahlkollegium hat auf diese Qualität nicht verzichten wollen.

Seinem ganzen Werdegang nach ist Ratzinger ein Kirchenführer, dem von der Begegnung mit dem Faschismus eine gewisse Skepsis gegenüber der weltlichen Macht geblieben ist, aber auch Zweifel hinsichtlich der von ihm geschickt begründeten Macht der Ohnmacht.

So redet der Mann von Verantwortlichkeit und Personalität, setzt praktisch aber auf Hierarchien und politische Beeinflussung.

Er sieht sich als Mann des Gehorsams. Seine Rollenauffassung ist, Gehorsam vor Gott und den Geboten zu zeigen. Den Gehorsam, den er übt, kann er von anderen auch abfordern.

Das schafft eine Neigung, der Kraft des bekennenden Wortes mit administrativen Maßnahmen der Kirchenbürokratie und wenn es geht, auch der politischen Macht weiterzuhelfen. Prognose: Die politische Welt wird es mit einer politisierenden und politisierten Kirche zu tun kriegen, mit der Tendenz, das Bekenntnis von Glaubensinhalten durch politischen Druck zu erzwingen. maf

Jean-Claude Izzos Marseille-Trilogie „Total Chéops“, „Chourmo“ und „Solea“

Bei der hier vorgestellten Marseille-Trilogie des französischen Autors Jean-Claude Izzo erfährt der Leser einiges über die Langzeitwirkungen kolonialer Politik: in Marseille treffen nicht nur verschiedenste Kulturen, sondern auch verschiedene Zeitabschnitte französischer Geschichte zusammen: Hafen- und Fabrikarbeiter, Einwandererfamilien aus aller Welt, insbesondere aus den ehemaligen Kolonien Frankreichs, große Kapital- und Finanzsektoren, politische Linke, Nationalisten bis hin zu Ultrarechten, Organisationen wie die „Pieds noirs“ oder die OAS, die Frankreich als große Kolonialmacht restaurieren wollen, Izzo liebte diese Stadt wegen dieses Konglomerats und den Möglichkeiten eines machbaren interkulturellen Zusammenlebens. Mit seiner Trilogie in Form des Kriminalromans gibt er kenntnisreiche Einblicke in das Leben

von arabischen Immigranten und französischen Gelegenheitsarbeitern. Insbesondere seine Sympathie für die Jugendlichen und ihre Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit stellt Izzo in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit.

Izzos Protagonist seiner spannenden Krimis ist Kommissar Fabio Montale, der in „Total Chéops“ kurz vor seiner Pensionierung steht. Üble Machenschaften einer eingesessenen Mafia-Familie führen zum gewaltsamen Tod seiner beiden Jugendfreunde Manu und Ugo, gleichzeitig wird die junge arabische Freundin seines Kollegen brutal ermordet. In Rückblicken werden spannende Szenarien einer Jugend in Marseille entworfen, das Abdriften der beiden Freunde in die kriminelle Szene und seine Entscheidung für den Polizeidienst. Der Leser wird zu Montales Au-

gen und Ohren: man sieht die verschiedenen Viertel von Marseille und man hört mit Montale die Musik und Texte französischer Rap-Bands und anderer spezieller Künstler. Die Aufklärung der Verbrechen führt bis in Mafia- und Polizeikreise. In „Chourmo“ wird der nun pensionierte Montale über die Entführung des Sohnes seiner Cousine wieder hineingezogen in Mafia-Verbrechen und Verstrickungen mit rechter Szene und islamistischen Seelenverkäufern. Das Bild wird schon recht trost- und aussichtslos. Wenn da nicht die Musik, das Essen und die erotische Spannung wären, bliebe nicht viel Lebenswertes für den Kommissar übrig. Gänzlich rat- und ziemlich mutlos lässt Izzo den Leser dann im dritten Teil „Solea“ zurück, in dem er alles demontiert und der Allmacht einer südfranzösischen Mafia opfert. Nicht einer bleibt verschont!

Alain Delon als Fabio Montale?

Ad 1

Um es gleich vorwegzunehmen: Die derzeit im ZDF gezeigte Verfilmung der Marseille-Trilogie mit Alain Delon ist fürchterlich! Geblieben von der Romanvorlage ist nur der geographische Ort des Geschehens, die Stadt Marseille, sowie die grobe Handlung mit den entsprechenden Akteuren.

Weggelassen, verfälscht, entkernt oder ins Gegenteil verkehrt worden sind bei dieser Verfilmung, die für das französische Fernsehen als Serie gedreht wurde, eigentlich alles, worauf es Jean-Claude Izzo angekommen ist:

„Izzo findet ... generell, dass ‚Lesen und Schreiben‘ die Vereinzelung überwinden und dass man mit Kriminalromanen die ‚komplexe Wirklichkeit‘ am besten in den Griff bekommen kann.“ [Zitiert nach Nachwort in „Total Chéops“, Unionsverlag, S. 248]

Im Film wird Marseille nur als strahlend Schöne, eher Mondäne gezeigt. Izzo wollte die Vitalität, den vielschichtigen Schmelztiegel Marseille charakterisieren. Die innere Befindlichkeit der Stadtviertel, in denen die Einwandererfamilien gettoisiert leben, wird in der Verfilmung verzerrt zu lamentierendem Elend und in krassen Gegensatz zu der zufriedenen Hausfrau an der Küste (Montales Nachbarin) gestellt. Durch die Darstellung im

Film wird selbst aus dem Antirasismus dieser Frau eine selbstzufriedene und arrogante Form von Toleranz, die von der Überlegenheit der eigenen Kaste geprägt ist.

Die Musik des Fabio Montale, die in jeder Szene des Buches fast hörbar präsent ist, wird im Film völlig ignoriert und stattdessen ein Saxophon schwülstig bemüht.

Das zentrale Problem dieser Verfilmung: Das Buch hat die Situation im Blick, der Film dagegen betrachtet die Schauspieler (wohlgemerkt diese, nicht ihre Rollen!), der Rest ist Unterfütterung. Die Beziehungen der Menschen untereinander, die Bedingungen und Ursachen der Lebenswege, die Personen an der Seite von Fabio Montale mit eigener Kontur, eigenen Geschichten in Izzos Büchern sind kein Thema des Films.

Ad 2

Es verwundert nicht, dass der Sohn von Jean-Claude Izzo, Sebastien Izzo, sich auf seiner Website jeglichen Kommentars zu dieser Verfilmung enthält, währenddessen er die erste Verfilmung von Total Chéops mit Richard Bohringer akzeptiert (die der Rezensentin leider nicht bekannt ist). In Frankreich gibt es eine heiße Debatte um die Delon-Verfilmung, bei der mehrere Dinge eine Rolle spielen: insbesondere Delons offene Werbung für die französische Rechte und Ultrarechte empört die Anhänger und Freunde Izzos.

Resümee:

Schlechte Verfilmung? Auf jeden Fall! „Delon joue Delon“ (Delon spielt Delon), sagt Eric Holder, ein Freund von Izzo, in einem Artikel von [télérama, 26.12.04]. Daneben hat nichts mehr Platz. Im Gegenteil: Die Verletzungen und Tragödien berühren uns nicht. „Jean-Claude verstand es, die Gewalt mit Schmerz und Zartheit zu beschreiben, und sogar mit Humor. Die Fernseh-Version macht daraus eine Karikatur.“ [siehe dort].

Wundert es? Nein; die Kunst, auch kritische Elemente selbstreferentiell zu verwerten, ist eine Eigenschaft jeden Systems. Warum also sollte auf einmal eine gemeinsame Sichtweise über Probleme vorhanden sein, die – siehe auch den dokumentierten Artikel aus Le Monde diplomatique – in der Realität heftig umkämpft und längst nicht erledigt sind?

So ist auch verständlich, dass es genug Leute gibt, denen die Verfilmung gefällt.

Warum wird der Streit so erbittert geführt? M.E. weil er die Schwächen in Izzos Romanen berührt (so z.B. Montale als integrale Gestalt, die, obwohl er Kommissar der Polizei von Marseille ist, auch in Einwandererkreisen „gern“ gesehen wird. Außerdem wird die Debatte um die Verfilmung noch dadurch kompliziert, dass der Autor sie nicht mehr erlebt, aber dennoch total präsent ist bei den Beteiligten.

Izzo kann sich gut einfühlen in die Folgen der Perspektivlosigkeit junger Erwachsener (z.B. die in „Chourmo“ beschriebene Rekrutierung Jugendlicher für den Islamismus u.a. für einen Einsatz im Bosnienkrieg). Der Anschluss an das Gesellschaftssystem Frankreichs erscheint als Weg heraus (Leila in „Total Cheops“ studiert Jura und repräsentiert eine junge Generation mit Aussicht auf ein Leben in der französischen Gesellschaft, bevor sie umgebracht wird). Izzo tritt gegen rassistische und diskriminierende Methoden eben auch in der Polizeipraxis ein. Er propagiert eigentlich, „Richtiges im Falschen“ zu tun, gönnt seinen Helden aber keinen Erfolg dafür. Das lässt den Leser durchaus verstört zurück, es scheint aber doch konsequent.

Wer eine Heilsbotschaft erwartet, wird enttäuscht bei Izzo. Auch ein soziologisch vollständiges Bild liefert Izzo nicht. Wer aber eine Beschreibung realer Verhältnisse und Einfühlung in Befindlichkeit von Einwandererfamilien aus ehemaligen Kolonien Frankreichs sucht und unterscheiden kann zwischen literarischer Zuspitzung und eben dieser Realität, wird die Bücher schätzen. Sie regen an, sich mit Fragen der Gerechtigkeit, gerechter Systeme, der Kolonialpolitik Frankreichs und der aktuellen französischen Politik in diesen Fragen zu befassen. *evd*

Dokumentiert aus:

Le Monde diplomatique vom 15.4.2005

Zäh und hartnäckig: koloniale Ideologien

Neue Geschichtspolitik an Frankreichs Schulen

Hausaufgaben für Kolonialisten

Die Geschichte der „französischen Präsenz auf anderen Kontinenten“ soll in den Schulen vor allem „in ihrer positiven Rolle“ dargestellt werden. So verlangt es ein neues französisches Gesetz. So werden die Franzosen zu Opfern des Kolonialismus.

„Die Nation dankt den Frauen und Männern, die an dem Werk beteiligt waren, das Frankreich in den früheren französischen Departements in Algerien, in Marokko, in Tunesien und in Indochina sowie in den Territorien, die vorher unter französischer Souveränität standen, vollbracht hat.“ (Gesetz vom 23. Februar 2005, Artikel 1). Dieses vom französischen Parlament verabschiedete Gesetz verschweigt die dunklen Seiten der Kolonialisierung, die Misshandlungen und die Verbrechen, die an der Bevölkerung der kolonisierten Territorien begangen wurden. (...)

Es ist skandalös, die im Sommer 1962,



Biografie

Jean-Claude Izzo wurde 1945 in Marseille als Sohn eines italienischen Barmanns und einer spanischen Schneiderin geboren. Nach der Ausbildung

zum Metallarbeiter ging er zur Armee, wo er nach einem Hungerstreik schließlich mit einem Strafbataillon nach Djibouti geschickt wurde.

Zurück in Frankreich wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei, arbeitete in der Friedensbewegung, wurde Journalist und später Chefredakteur der Zeitung „La Marseillaise“. Als 1978 die Einheitsfront der linken Parteien zerbrach, gab er alle Ämter auf und ging zurück in die Fabrik. Erst Jahre später begann er wieder mit dem Journalismus und wurde Chefredakteur der Zeitschrift „Viva“.

Schon früh veröffentlichte er einzelne Gedichtbände. Aber erst 1995, im Alter von fünfzig Jahren, trat er durch den Kriminalroman „Total Cheops“ auf einen Schlag ins literarische Rampenlicht. ...

Am 26. Januar 2000 starb Jean-Claude Izzo in Marseille an Lungenkrebs.

[Quelle: Jean-Claude Izzo: „Aldebaran“ Unionsverlag, Anhang]0

nach der Erlangung der Unabhängigkeit, in Algerien begangenen Gräueltaten mit den Verbrechen zu vergleichen, die unter der Vichy-Regierung an den Juden begangen wurden, wie einige Abgeordnete es während der Debatte getan haben. Solche Entgleisungen spiegeln den Geist wider, der in der französischen Gesellschaft herrscht, die mit dem Ende des Kolonialreichs eine tiefe Krise durchlaufen hat. Nachdem die Lehrpläne in den Schulen lange Zeit „das größte Frankreich“ verherrlicht hatten, wurden die fünf Jahrhunderte der Kolonialgeschichte bagatellisiert oder ganz unter den Tisch gekehrt. Erst seit

dem Gesetz vom April 1999, das die Ansprüche der Kriegsveteranen befriedigen sollte, verwendet man endlich die Bezeichnung „Algerienkrieg“ anstelle von „Befriedung“, „Ereignisse“ oder „Bewahrung der Ordnung“. Seitdem ist Schweigen unmöglich geworden. Die Akteure des Krieges, von denen sich viele jahrzehntelang zurückgehalten haben, verspüren einen immer stärkeren Drang zum Reden. Und auch die jungen Leute, deren Eltern unter dem Kolonialregime gelebt hatten, ehe sie nach Frankreich emigrierten, sind auf der Suche nach der Wahrheit. Die Politik, die die Kolonialkriege lange unterstützt



Izzo-Ausstellung in Marseille

Koloniale Vergangenheit durch koloniale Zukunft toppen: Aufforderung an „die Deutschen“ zum Eingreifen

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15. Mai 2005

Thomas Hauschild, Professor für Ethnologie in Tübingen, „liest so die Rauchbotschaft über der deutschen Botschaft von Lomé (Togo)“, nicht ohne vorher von „Scheintoleranz und falsch verstanden kulturellen Relativismus“ gefaselt zu haben und „den Deutschen“ vorzuwerfen, sie würden es sich leicht machen im Vergleich zu den Mühen (sprich militärische Auseinandersetzungen), die andere Nationen bei der Verbreitung der Zivilisation in fernen Ländern auf sich nehmen würden. –

„Kommt her und wiederholt eure rassistischen Fehler nicht, wir sind nicht dumm, lasst den Kulturquatsch, wo er hingehört, es geht nicht um Erziehung, sondern um Ordnung, Integration, Zivilgesellschaftlichkeit – aber lasst euch von der schweren Aufgabe nicht abschrecken, kommt, sonst brennen hier nach den Büchern die Menschen, wie damals bei euch.“

hatte, reagierte auf dieses Verlangen mit Amnestien – vor allem für die Veteranen der Organisation Armée Secrète (OAS) – und Entschädigungsgesetzen, in erster Linie zugunsten der repatriierten „Pieds-Noirs“ aus Algerien. (...) Dabei steht in Artikel 4 dieses Gesetzes: „Die universitäre Forschung räumt der Geschichte der französischen Präsenz auf anderen Kontinenten, vor allem in Nordafrika einen gebührenden Raum ein. Die Lehrpläne in den Schulen stellen vor allem die positive Rolle der französischen Präsenz auf anderen Kontinenten, insbesondere in Nordafrika, dar und räumen der Geschichte und den Opfern der Kämpfer der französischen Armee in diesen Gebieten den wichtigen Platz ein, der ihnen zusteht.“

Damit maßt sich dieses Gesetz an, eine schwierige Debatte einfach abzuschneiden. Es entscheidet über das Verhältnis von Gedenken und Geschichte, über die Beziehungen zwischen den Historikern und der Macht. Es legt eine Art kanonisches Geschichtsgedenken fest, das der Freiheit des Denkens, auf der die Laizität beruht, ebenso widerspricht wie den Regeln der wissenschaftlichen Forschung. Es stellt die seit der Dritten Republik mühsam erkämpften Kompromisse zwischen dem Staat und den Historikern in Frage, mit denen am Ende der verschiedenen Bürgerkriege seit 1789 ein Konsens gefun-

den werden sollte, um mit Hilfe einer gemeinsam erarbeiteten Geschichte die Gesellschaft zu integrieren. Man stelle sich Schulklassen vor, in denen ausschließlich die „positive Rolle“ des französischen Wirkens gelehrt wird. Wie kann man übersehen, dass man damit den Nachkommen der Kolonisierten jede Vergangenheit wegnehmen würde, was genau die „Wilden“ aus den „schwierigen Vierteln“ hervorbringen würde, vor denen viele Menschen Angst haben? Kann nicht jeder sehen, dass dieses nationalistische Gemeinschaftsgefühl nur ein Antigemeinschaftsgefühl erzeugen kann?

(...) Die Geister, die die französische Gesellschaft umtreiben, verweisen auf die Vergangenheit. Man muss nur die Medien hören: „hochgefährliche Vororte“, „Untergang der Identität“, „Islamisierung Frankreichs“, „Krieg der Zivilisationen“, „Rassismus gegen Weiße“ usw. Diese Ängste, die Gefahren und die Dringlichkeit zwingen förmlich dazu, der Kolonialzeit und der Immigration breiten Raum zu geben. Sie verlangen eine Version der Geschichte, die die zentrale Gegebenheit unserer Zeit berücksichtigt: Alle westlichen Gesellschaften werden zunehmend von Pluralität durchdrungen sein. Die Jugend, gefangen im unvermeidlichen und widersprüchlichen Getriebe der Globalisierung, muss verstehen, wie und warum sie zusammenleben soll. Wenn das nicht geschieht, blühen Halbwahrheiten, Extremismus und Ideologie. Ein günstiges Terrain für die Intellektuellen, die sich für die moralische Aufrüstung des Westens gegen die „Kräfte des Bösen“ stark machen. (...) All diese Diskussionen müssen geführt werden. Um sie anzugehen, müsste man sich vom Scharfsinn Edward Saïds inspirieren lassen, der es in seinem Kampf gegen den Imperialismus nicht versäumt hat, auf die Gefahren jeder geschlossenen Identität hinzuweisen. „All diese nationalistischen Appelle für den reinen, authentischen Islam, den Afrozentrismus, die Négritude oder das Arabertum“, so schreibt er in seinem Buch „Kultur und Imperialismus“, „fanden ein mächtiges Echo: Man machte sich nicht bewusst, dass diese ethnische und spirituelle Substanz ihre siegreichen Anhänger teuer zu stehen kommen würde. Niemand ist heute nur dies oder nur das. Indier, Frau, Muslim, Amerikaner.“ Im Moment ist die wichtigste Aufgabe die Abschaffung des Gesetzes vom 23. Februar 2005, eines Gesetzes, das den Weg zu einem gemeinsamen Gedenken aller Franzosen jeglicher Herkunft versperrt.“

Claude Liauzu*
(deutsch von Claudia Steinitz)

* Professor an der Universität Denis Diderot (Paris-VII); Herausgeber von: „Colonisation. Droit d'inventaire“, Paris (Colin) 2004.

„Aus einer Niederlage erwächst nichts Gutes“

... möchte ich der zentralen Aussage des Artikels über das französische Verfassungsreferendum in Politische Berichte 9/2005 entgegen halten, und die sich in der Überschrift resümieren lässt: „Aus dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags erwächst nichts Gutes“.

Bevor wir nun über das Fell eines Bären diskutieren, der noch nicht erlegt ist – denn erst muss Präsident Jacques Chirac noch das Referendum verlieren, das er einberufen hat –, möchte ich zum Eingang fragen: Ist es wirklich vernünftig, eine schwere Niederlage als gute Ausgangsbasis für einen zukünftigen Kampf zu betrachten? Die Niederlage als Ausgangspunkt, das wäre die Annahme des Verfassungsvertrags mit dem, was er zum jetzigen Zeitpunkt beinhaltet. Der Kampf, der wirkliche Kampf, das wäre die Gesamtheit der Klassenauseinandersetzungen, die wir zukünftig auf der Ebene der (vergrößerten) EU zu führen haben werden. Denn ein unbestrittener und unausweichlicher Fakt ist, dass der Rahmen, in dem sich viele entscheidende Klassenkämpfe zukünftig abspielen werden, eben die EU ist.

Das „Nein von Rechts“

Nicht einmal die extreme Rechte, die namentlich Jean-Marie Le Pen verkörpert, propagiert heute noch einen Austritt aus der Union – auch wenn es diese heute nicht geben würde, wäre es in der Vergangenheit nach Le Pen und Konsorten gegangen. Sie propagiert, wie ein Flugblatt des Front National, das am Pfingstmontag verteilt wurde, ein „Europa ohne Türkei“.

Damit schält sich bereits eine der beiden Fragen heraus, über die am 29. Mai faktisch abgestimmt wird: Das „Nein von Rechts“, das von Jean-Marie Le Pen sowie dem rechtskatholischen Nationalkonservativen Philippe de Villiers verkörpert wird, ist vor allem anderen ein Nein zum EU-Beitritt der Türkei. Die Anhänger derjenigen Rechten, die feindlich zum Verfassungsvertrag eingestellt ist, werden fast ausschließlich über diese (angebliche) Frage mobilisiert, auch wenn diese in Wirklichkeit überhaupt nicht zu Abstimmung steht. Die rund 3 000 Anhänger des Front National riefen bei ihrem Aufmarsch am 1. Mai vor allem „Christliches Frankreich, Islam raus aus Europa“ und „Türkei, Chirac, Hochverrat“, weil Präsident Chirac aus geopolitischen Gründen – die EU müsse „größer und bevölkerungsreicher“ werden – die Aufnahme der Türkei befürwortet.

Man kann das „Nein von Rechts“ also in einer Fragestellung zusammenfassen. Sie lautet: „Wer darf in EU-Europa sein,

und wer muss draußen bleiben?“ Die Antwort jener, die diese Frage stellen, darauf lautet: Moslems, Türken und Einwanderer aus der Dritten Welt haben draußen zu bleiben.

Die konservativen, liberalen und christdemokratischen Parteien (die Regierungspartei UMP und die halboppositionelle UDF), aus deren Anhängerschaft das Gros der Befürworter einer Annahme des Verfassungsvertrags kommt, sind dabei übrigens wirklich keine Bündnispartner einer fortschrittlichen Position. Denn auch diese beiden Parteien sind dezidiert gegen die Aufnahme der Türkei in die Union. Der vor einem halben Jahr neu gewählte Parteichef der UMP, Nicolas Sarkozy (der große Herausforderer Chiracs vor der kommenden Präsidentschaftswahl von 2007), führt jedenfalls im Namen der Partei eine Kampagne, die das „Ja“ zum Verfassungsvertrag mit dem „Nein“ zur Türkei verknüpft. Ein ähnliches Spiel betreibt der christdemokratische UDF-Chef François Bayrou. Beide Politiker befürworten, statt eines EU-Beitritts der Türkei, eine „privilegierte Partnerschaft“. Das bedeutet, dass eine militärisch hochgerüstete Türkei die Südostflanke des Kontinents absichern soll.

Im Gegensatz dazu befürworten mehrere linke Kräfte, die den jetzigen Verfassungsvertrag ablehnen, explizit das Recht der Türkei auf einen Beitritt zur EU – jedenfalls sofern sie demokratische Mindeststandards erfülle und endlich den Genozid an den Armeniern anerkenne. Das trifft auf die französische KP, die trotzkistisch-undogmatische LCR und den linken Flügel der Grünen zu. Die französischen Sozialisten ihrerseits sind in der „Türkeifrage“ gespalten, ebenso wie hinsichtlich ihrer Position zum Verfassungsvertrag, wobei die Position zu beiden Fragen in unterschiedlichen Kombinationen anzutreffen sind.

Insofern muss klar sein, dass das Problem der Kräfte „des Nationalismus und Chauvinismus, der Abschottung, der Feindseligkeit gegenüber anderen Kulturen“, das in dem zitierten Artikel angeführt wird, nicht unmittelbar mit der Befürwortung und Ablehnung des Verfassungsvertrags verknüpft ist. Hingegen verlaufen, zumindest in der chauvinistisch begründeten Ablehnung der Türkei, die Fronten quer zur Frage des *Oui* oder *Non* zum Verfassungsvertrag.

Und, bitte, spielen wir unter Linken nicht dasselbe Spiel, das derzeit die konservative Regierung in Frankreich mit dem Front National versucht. Also seine Instrumentalisierung als Schreckgespenst, um linksliberale Wähler von der Ablehnung des Verfassungsvertrags abzuschrecken. Diese Partei steckt in einer schweren Krise, die mit dem zu erwartenden altersbedingten Abgang ihres seit 33 Jahren amtierenden, allmächtigen „Übervaters“ Le Pen zusam-

men hängt. Dessen Nachfolge ist nicht geregelt, obwohl er die Partei nach wie vor wie ein Monarch führt. Die extreme Rechte muss ernst genommen und bekämpft werden. Aber als Schreckgespenst der politischen „Mitte“, das die Verängstigten hinter dem Establishment versammeln helfen soll, taugt sie nicht. Der Front National heute ist nicht die NSDAP von 1932.

Das progressive „Nein“

Eine völlig andere Fragestellung liegt dem „Nein von Links“ zugrunde, das derzeit den mit Abstand größeren Teil der Stimmabsichten für das „Nein“ motiviert. Die Ablehnung des Verfassungsvertrags herrscht in (je nach Umfrage) 50 bis 60 Prozent der sozialistischen, bei 90 bis 95 Prozent der KP-Sympathisanten und rund 80 Prozent der Wähler der radikalen Linken (LCR und LO) vor.

Die dominierende Fragestellung lautet hier: „Nach welchen Regeln, nach welcher gesellschaftlichen Logik soll das Zusammenleben von 400 Millionen oder mehr Menschen in einem Staatenbund funktionieren?“ Und die Antwort dieses (Groß-)Teils der französischen Linken darauf lautet: Nicht nach den alleinigen Spielregeln von Konkurrenz und Wettbewerb, wie es die so genannte „Verfassung“ der EU vorsieht. Der – „freie und unverfälschte“ – Wettbewerb ist eines der mit Abstand am häufigsten vorkommenden Begriffe in dem Vertragstext, er taucht 174 Mal auf.

Darauf lässt sich erwidern, was – vielleicht an einen anderen Zusammenhang, vielleicht aber auch an den Verfassungsvertrag denkend – einer der 800 000 Demonstranten vom 10. März auf sein Schild geschrieben hatte. An jenem Tag gab es landesweit Demonstrationen gegen Arbeitszeitverlängerung und Kaufkraftverlust. Jener Demonstrant in Paris führte die schlichte, aber prägnante Aussage spazieren: „La concurrence n'est pas la solidarité“.

Dass Wettbewerb und Solidarität nicht dasselbe, sondern einander sogar diametral entgegengesetzt sind, wird sich auch im vergrößerten EU-Europa bemerkbar machen. Vor allem wenn es nach den neoliberalen Spielregeln funktioniert, die es nicht erst seit dem Verfassungsvertrag gibt, die in ihm aber auf lange Dauer festgeschrieben werden und nur noch schwer wieder abänderbar sein werden: Eine Änderung der so genannten Verfassung wird künftig den einstimmigen Beschluss von 25, demnächst 27 oder 28 Staatsführungen benötigen – denken wir also lieber nicht an diese Hypothese.

Der Autor dieser Zeilen war für die Aufnahme der osteuropäischen Länder, und ist für den Beitritt der Türkei zur EU – wenn diesem denn soziale und demokratische Mindeststandards, statt rein ökonomischer Kriterien, zugrunde gelegt werden und wenn die Mehrheit

der dortigen Bevölkerung es wünscht. Aber ich möchte eindringlich davor warnen, ein EU-Europa der 500 Millionen zu konstruieren, in dem neoliberale Spielregeln zum Zwecke der Anstachelung des Wettbewerbs und maximale Niederlassungsfreiheit (für das Kapital wie für Lohnabhängige) mit kaum existierenden sozialen Rechten in den wirtschaftlich schwächeren Ländern – die Luftblasen, die der Verfassungsvertrag zum Thema soziale Rechte vorsieht, sind das Papier nicht wert – kombiniert werden. Was das an „Kräfte(n) der Desintegration, des Nationalismus und Chauvinismus, der Abschottung, der Feindseligkeit“ entfesseln wird, lässt sich bisher nur schwer ausmalen.

Schlussbetrachtung

Gibt es ein Rezept dagegen? Ja, selbstverständlich: den länderübergreifenden Klassenkampf, dessen Errungenschaften dann in sozialen und demokratischen Mindeststandards für alle EU-Länder festgegossen werden können. Wenn 25 Millionen Menschen von Paris und Rom bis Istanbul streiken, bringt das mehr in Bewegung, als eine soziale Bewegung auf nationaler Ebene es je vermöchte. (Die Vorstellung hingegen, dass der eine oder andere Ministersessel für die französische KP oder die deutsche PDS irgend etwas zum Positiven ändern könnte, halte ich persönlich für lächerlich.)

Aber wie kommen wir dahin? Meine Auffassung dazu lautet: Bestimmt nicht, indem wir jetzt Ja und Amen zum „Verfassungs“-Projekt der neoliberalen und technokratischen EU-Europas sagen. Und sei es in der Aussicht, uns dann hinterher, wenn wir den Zug einmal haben passieren lassen, wie die Löwen in den sozialen Kampf europaweit zu stürzen. Auf Niederlagen baut man keine Siege auf. Und wer gestern die Spielregeln gutgeheißen hat, wird morgen daran erinnert werden, wenn er den Schiedsrichter – das Kapital – kritisieren will. *Bernhard Schmid, Paris*

Post scriptum: Im Falle eines Scheiterns des Verfassungsvertrags droht ein „Kerneuropa“, das die wirtschaftlich stärksten Mitgliedsländer – Deutschland und Frankreich – nach eigenem Gusto gestalten? Ja, das Risiko ist real, wenn der Vertrag beispielsweise an Dänemark, der Tschechischen Republik und Polen scheitern sollte. Aber wenn er in Frankreich, einem großen Mitglied und EWG-, EG- und EU-Gründungsmitglied, scheitert, stellen sich die Dinge doch ziemlich anders dar. Das wäre dann eine „Kernspaltung“ in Kerneuropa: Frankreich könnte sich nicht mehr glaubwürdig zur „Avantgarde“ im neoliberalen Europa zählen. Und die Regierenden wären an die „Macht der Straße“, die sich dieses Mal in die Urnen verlängert hätte, erinnert.

20.–22. Mai, Köln. Bundesweiter antirassistischer Kongress in Köln, Alten Feuerwache, Melchiorstr. 3, Koordination: Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“. www.kmii-koeln.de

25. bis 29. Mai, Hannover. Evangelischer Kirchentag. Motto: „Wenn Dein Kind Dich morgen fragt“.

29. Mai, Frankreich. Volksentscheid über die EU-Verfassung.

3.–5. Juni, Weimar. 9. Bildungspolitische Konferenz der PDS: Alle fördern - keinen zurücklassen! Für eine sozial gerechte, demokratische Bildungsreform jetzt! Mit Beratung des Entwurfs für Bildungspolitische Leitlinien. Näheres und Anmeldung: www.sozialisten.de

3.–5. Juni, Hamburg. Kongress „McPlanet.com - Konsum. Globalisierung. Umwelt“, an der Uni Hamburg, Kongresssprachen: Deutsch und Englisch zum Teil in Simultanübersetzung, Attac, BUND, Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. www.mcplanet.com

17./18. Juni. Strategiekonferenz der PDS. Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli, Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

28. Juli bis 6. August. Aktions-Radltour (Tour 1) „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima. Route: Amberg - Regensburg - Ingolstadt - Augsburg - Ulm - Engstingen - Tübingen - Stuttgart - Ramstein - Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK. www.dfg-vk.de

5. und 6. August, Weltweit. 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

11. bis 14. August, Sondershausen. Linke Sommerschule.

3. Oktober, Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober, Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

28./29. Oktober, Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

14. November, Karlsruhe. SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)

19./20. November, Nürnberg. 60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. www.menschenrechte.nuernberg.de

5. Dezember, Karlsruhe. CDU-Bundesparteitag.

Büro für angenehme Lebensweisen
Rosa-Luxemburg-Bildungswerk



Prekäre Bewegungen

Soziale Konflikte in
Frankreich, Italien,
Österreich und Dänemark

Bestelladresse:

GNN-Verlag, Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg
t (0 40) 43 18 88 20
f (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

112 Seiten,
Preis: 6 Euro (plus Versand)
ISBN 3-938372-02-8

Protestbewegungen haben in einigen Ländern Europas in den letzten Jahren vorübergehend eine große Stärke entwickelt. Sie haben viele verschiedene Gesichter. Was verbindet so unterschiedliche Protestformen wie etwa die No-global-Bewegung in Italien, die Proteste gegen die FPÖ in Österreich, die „Robin-Hood“-Aktionen in den französischen Energierversorgungsunternehmen und den Widerstand der dänischen Erwerbslosen gegen „Null-Euro-Jobs“? Die AutorInnen erläutern den Verlauf aktueller sozialer Auseinandersetzungen in vier Ländern Westeuropas aus akademischer und aktivistischer Perspektive. Was sind die länderspezifischen Hintergründe für die (brüchige) Vermittlung zwischen diesen unterschiedlichen Bewegungen? Der Band dokumentiert die Beiträge, die 2004 im Rahmen der gleichlautenden Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Hamburg e.V. und des Büros für angenehme Lebensweisen, Hamburg vorgetragen wurden.

Aus dem Inhalt:

Büro für angenehme Lebensweisen, Hamburg
Auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache: Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark ... und in der Bundesrepublik

Bernhard Schmid, Paris
Prekäre soziale Bewegungen: Der Widerstand gegen die Sozialreformen und neue gewerkschaftliche Ansätze in Frankreich

Emiliana Armano/Raffaele Sciortino, Turin
No global und soziale Kämpfe. Ambivalenzen im Umbau des Sozialstaates in Italien

Roland Atzmüller, Wien
Das schwarz-blaue Experiment: Nachholender Neoliberalismus oder Modell für Europa?
Österreich im Jahr 4 der Wende

Erling Frederiksen, Gislunge/Sjælland
Null-Euro-Jobs: Die „aktive Sozialpolitik“ und die „Landesorganisation der Erwerbslosen“ in Dänemark

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de